

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Bietzeit 2.50 RM. monatlich 1.10 RM.
wöchentlich 35 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die festgesetzten Anzeigen-
preise aber deren Anzahl 60 Pf. für
politische und gemeinnützige Anzeigen
und Besondere Anzeigen 50 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 28. Januar 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Der Vormarsch in Albanien.

Ein alter Soldat gegen Wilsons Rüstungspläne.

New York, 5. Januar 1916. (Eig. Ber.)

Der Kampf gegen die Rüstungspläne der Regierung ist im Kongress in dramatischer Weise eröffnet worden. Der erste Redner, der gegen die Aufrüstung im Kongress gestern das Wort ergriff, war der demokratische Vertreter Isaac R. Sherwood von Ohio, der einzige noch lebende General der Nordstaaten aus dem Bürgerkrieg.

In unserer ganzen Geschichte, seit der Proklamation der Bundesverfassung, ist keine politische Partei, kein leitender Staatsmann oder Publizist je für ein großes stehendes Heer und eine große Flotte in Friedenszeiten eingetreten. Wenn wir in Gefahr kommen, uns einem bewaffneten Feinde gegenüber zu sehen, dann will ich so viele bewaffnete Männer und so viel Geld bewilligen, wie der Präsident fordern mag; und weiter werde ich mich freiwillig zur Front melden, was mehr ist, als die mächtige Sippschaft der strafbaren Hülse, die diese verabscheuungswürdigen Kriegspanik inszeniert hat, je tun wird.

Herr Sherwood machte darauf die vorgeschlagene Kontinentalarmee lächerlich. Es heiße, so meinte er, die Idee sei ausgeheckt worden im Kriegskollegium, dem Lieblingskinde des Obersten Roosevelt; daher sei der Plan auch so wild und unvernünftig. Die Miliz habe sich einstimmig gegen das neue Heer erklärt, und die Arbeitergewerkschaften in seinem Wahlkreis wollten von der Bereitschaft nichts wissen.

„Man schlägt vor“, so fuhr der Redner fort, „ein geduldiges und duldsames Volk zu besteuern, damit ein übermächtiges Heer von Faulenzern insandt geseht wird, die Ersparnisse der industriellen Klassen zu verzehren, die schon hohen Kosten der Lebenshaltung zu vermehren und nichts als Unzufriedenheit und Unruhe zu säen. Es ist ein Verbrechen gegen die Republik ohne Sinn und ohne Entschuldigungsgrund. Und dieselbe Brut der Blutgeldempfänger empfiehlt uns ein Raubvogelgeschwader von Fliegern. Von welchem Nutzen könnten Flieger sein, um einem Feinde, von dem uns ein dreitausend Meilen weiter Ozean trennt, zu widerstehen oder um ihn anzugreifen?“

Wie unausprechlich blödsinnig ist nicht die Idee, daß eine europäische Nation, die an kampffähigen Männern erschöpft ist, deren Gesellschaft und Industrie gelähmt sind, die mit einer Schuld beladen ist, die schwindelerregend ist und nicht bezahlt werden kann, deren Gebiet erfüllt ist von Millionen Witwen und fünfmal so vielen väterlosen Kindern, von sechs Millionen verstimelter und verkrüppelter Soldaten — von Weislosen, Armlosen, Irnsinnigen und Blinden — die der feuchten Gnade der Schützengräben und der schrecklichen Hölle der Schlacht entronnen, die alle von dem Reiche abhängen: daß eine solche Nation eine unmögliche Expedition über einen dreitausend Meilen weiten Ozean unternimmt mit einem Heere, das man unmöglich ausrücken und transportieren kann, um hundert Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten anzugreifen, zwischen denen kein Streit besteht? Beten wir, daß die Stunde

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. Januar 1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zu Verbindung mit einer Beschießung unserer Stellungen im Düngengelände durch die feindliche Landartillerie belegten feindliche Monitore die Gegend von Westende mit ergebnislosem Feuer.

Beiderseits der Straße Vimy-Renville stürmten unsere Truppen nach vorangegangener Sprengung die französische Stellung in einer Ausdehnung von 500 600 Meter, machten 1 Offizier 52 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 1 Maschinengewehr und 3 Minenwerfer. Nach fruchtlosen Gegenangriffen des Feindes entspannen sich hier und an den anderen in den letzten Tagen eroberten Gräben lebhafte Handgranatenkämpfe.

Die Stadt Lens lag unter starkem feindlichem Feuer.

Zu den Argonnen zeitweise heftige Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von erfolgreichen Unternehmungen kleinerer deutscher und österreichisch-ungarischer Abteilungen bei der Heeresgruppe des Generals von Linzungen ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. Januar. (B. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 27. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern ließ die Kampftruppe allgemein nach. Bei Delavija brachte unser Geschützfeuer noch 50 Ueberläufer ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In allen Teilen Montenegro herrscht, ebenso wie im Raume von Sutari, völlige Ruhe. Der größte Teil der montenegrinischen Truppen ist entwaffnet. Die Bevölkerung verhält sich durchaus entgegenkommend.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Dooser, Feldmarschalleutnant.

der militärischen Hysterie verstreichen mag und daß das Schwert und der Mann zu Pferde nie die wahre Mission und das wahre Geschick unseres geliebten Amerika verhindern möge, nämlich Frieden, Fortschritt und Wohlergehen zu verbreiten unter der höchsten Führung des verfassungsmäßigen Gesetzes.“

Italien und Albanien.

Bern, 27. Januar. (B. L. B.) Im Anschluß an den gestrigen Ministerrat veröffentlichte laut Corriere della Sera die Gazzetta Ufficiale gestern Abend ein Dekret des Reichsverweisers, demzufolge dem Kommandanten des italienischen Expeditionskorps in Albanien der Oberbefehl über alle dort befindlichen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande übertragen wird. Der Oberkommandierende untersteht direkt dem Kriegsminister.

Das österreichisch-bulgarische Vordringen in Albanien.

Bern, 27. Januar. (B. L. B.) „Idea Nazionale“ meldet: Die Oesterreicher haben gestern früh mit starken Abteilungen Alessio besetzt. Sie sollen bereits bis zum Ismislub vorgestoßen sein.

Bern, 27. Januar. (B. L. B.) Eine Meldung des „Secolo“ aus Rom besagt: Nachrichten aus Durazzo zufolge sind in Mittelalbanien die ersten serbischen von Shutari geflüchteten Kolonnen aufgetaucht, und San Giovanni di Medua von den Oesterreichern bereits besetzt. Aus Tirana wird ein bei Elbasan erfolgter Zusammenstoß albanischer Truppen unter Essad Pascha mit der bulgarischen von Ochrida vorkommenden Vorhut gemeldet.

Bern, 27. Januar. Der Mailänder „Secolo“ erfährt aus Rom: Die Lage in Albanien und die Balkanereignisse erheischen gestern einen Ministerrat, der unerwartet morgens einberufen und mittags abgehalten werden mußte. Die Beratungen erstreckten sich über vier Stunden. Die Nachricht von der Einberufung des Ministerrats wurde gestern Abend von den Zeitungen mit Begleitworten gebracht, die die außerordentliche Bedeutung in ein helles Licht stellen. Vor dem Ministerrat hatte Sonnino eine lange Besprechung mit dem russischen Vorkonsul. Nach Beendigung der Sitzung wurde nicht das übliche Communiqué an die Presse gegeben.

Die Eroberung von Montenegro.

Von Hugo Schulz-Wien.

Hauptquartier, den 23. Januar 1916.

Ich bin heute im Hauptquartier der Armee eingetroffen und wurde im Laufe des Vormittags von General v. Abov empfangen.

Ein Vortrag hat mit und den anderen Journalisten einen zusammenfassenden Ueberblick über die Kriegshandlungen, die zur Eroberung Montenegros führten, und darüber hinaus noch eine kurze Erläuterung des Grundgedankens der gesamten Kriegshandlungen. Die Eroberung von Montenegro stellt sich danach nicht nur als eine heroische Waffentat, sondern auch als ein Werk bedeutender strategischer Voraussicht dar. Man muß vor allem bedenken, daß Montenegro als eine schier unbezwingliche Naturfestung galt, deren Erstürmung man nur einer sehr hochwertigen Uebermacht zutrauen mochte. General v. Abov aber begnügte sich für die entscheidenden Kriegshandlungen mit Truppenmengen, die bei weitem nicht ausreichten, um durch bloße Wucht ihrer Masse den Widerstand der kampferprobten Bergschnecke zu brechen und die Zahl der Angreifer hat bei diesen Kämpfen überhaupt keine Rolle gespielt.

Rum waren aber auch die sonstigen Bedingungen anscheinend die allerungünstigsten. Wenn Montenegro schon im Sommer für jeden Angreifer eine harte Nuss war, und wenn insbesondere der Lomcen zu jeder Zeit als sturmfreie Trugburg galt, wie hätte man daran denken mögen, daß es jemand wagen könnte, mitten im frostigen Winter diese in hohen Eisregionen liegenden natürlichen Bollwerke zu bestürmen? Doch es democh geschah, darin lag das Ueberwältigende und dieser Ueberberrschung blieb denn auch die verblüffende Wirkung nicht verjagt. Besonders in Italien hatte man es für völlig ausgeschlossen gehalten, daß während des Winters auch nur das geringste gegen den Lomcen geschähe. Man wie vor galt diese heilige Gralsburg der italienischen Adriaregion für unantastbar. Das Gelingen der Ueberwältigung hing aber von mancherlei Umständen ab, die herbeizuführen nicht leicht waren. Die Armee Abovs lag bekanntlich nach der Eroberung des Sandshads gegenüber der montenegrinischen Westfront und es schien fast unmöglich, unbemerkt vom Gegner Verschiebungen durchzuführen, die plötzlich größere Verbände in die Bocche di Cattaro verfechten. Es war auch an sich nicht leicht, denn die einzige schmalspurige Bahn, die im weiten Bogen aus dem Sandshad in die Bocche leitet, ist von sehr beschränkter Leistungsfähigkeit. Die ganze Sache mußte also so durchgeführt werden, daß die Montenegriner nur an ein Scheinmanöver glauben durften, das den Zweck habe, ihre Kräfte von der weißbergrigen Ostfront abzuziehen. Um diese Verwirrung bei den Montenegrinern zu stiften, wurde auch die montenegrinische Nordfront beim Ausgange der Dragapässe und der Taraschucht demonstrativ mit Kräften angegriffen, deren Unzulänglichkeit der Feind wohl bald erkennen mochte, zu spät aber, um seine Kräfte nach abzuziehen und an den wirklich bedrohten Punkt werfen zu können. Einen mehr als bloß demonstrativen Charakter mußte der Vorstoß auf Verane haben. Bis zum Augenblick des Generalsurms auf den Lomcen sollten die Montenegriner beim Glauben erhalten bleiben, daß es bei Verane um das Ganze gehe und daß sich die Armee Abovs in grabluniger Fortsetzung ihrer bisherigen Operationen dort den Weg in das Becken von Podgorica erzwingen wolle. Tatsächlich versammelten die Montenegriner um Verane ihre Hauptkraft und gingen sogar im Laufe der schweren erlittenen Kämpfe, die mit der Einnahme von Verane endeten, einmal zum Gegenangriff über.

Die österreichisch-ungarischen Truppen hatten dort außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden. Winterkrost auf Höhen von durchschnittlich 1200 Metern, wasserloses Karstgelände und dazu noch Mangel an sicherem Zurechtfinden. Die Karsten dieser Gegenden sehen nämlich aus wie Korben von Zentrallasten und sind voll von jenen weichen Pfeden, die unerforschten Gebiet kennzeichnen. Dennoch gelang es, nicht bloß die montenegrinische Hauptmacht festzuhalten, sondern sie auch über die alte montenegrinische Grenze zurückzuwerfen und Verane zu nehmen. Kaum war das geschehen, als es den immer mehr Kräfte nach Osten werfenden Montenegrinern plötzlich klar wurde, daß es eigentlich um den Lomcen gehe. Es war inzwischen mit aller Vorsicht und in ent-

brechenden Bausen das schwere Geschütz herangebracht worden, dem die Hauptarbeit zufallen sollte. Am 8. Januar begann, nachdem stichtiges Wetter eingetreten war, die Beschichtung. Die Einzelheiten des Infanterieangriffes bis zur Erstürmung des Artilleriepostens, der Kruppen Solar und auf schließlich der Hauptpfeiler des Lancers sind bereits bekannt. Zu erwähnen ist noch, daß an diesem ganz unerhörten und in der Kriegsgeschichte beispiellosen Angriff über zerklüftete Felsböschungen, die 1700 Meter hoch aufragen, Landsturmtuppen in hervorragender Weise beteiligt waren. Eine schwere Prüfung verhängte gleich am ersten Tage ein Schneesturm über die Angreifer, die sich für den Rest des Tages der Artillerie überlassen sahen. Die Truppen mühten, wie sie gingen und standen, zwischen den Felsblöcken im Freien überzuwachen. Die Marine wirkte an der Beschichtung mit und zwar aus der Bucht von Terzo, aus dem Kanal von Cattaro und schließlich vom freien Meere, aus dem Golf von Trieste. Sie tat aber noch mehr. Einige Schiffsseinheiten begleiteten den entlang der Küste gegen Budua angeführten Seitenangriff und flankierten dann die vom Lancer bis zur Küste gehende, von mindestens 10 Patrouillen verteidigte montenegrinische Hauptstellung mit schwerem Kaliber von der See her. Das geschah förmlich in Sicht der italienischen Flotte, die sich aber wohl hütete, heranzukommen. Rost vor ihren Augen vollzog sich der Fall des Gipfels, von dem sie selbst glauben, daß sein Besitz die Herrschaft über die Adria verbürge, und mit ohnmächtigem Geism ließen sie den Dingen ihren Lauf.

Englische Kohle für Griechenland.

Athen, 27. Januar. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Es ist ein Uebereinkommen mit England erzielt worden über die Lieferung von Kohlen für die Industrieunternehmen Griechenlands. England gibt seine Ermächtigung zur Ausfuhr von Kohlen für den Gebrauch der Seingefäßschaften nach dem Maßstabe ihrer Bedürfnisse. Die Einfuhr amerikanischer Kohlen wird in keiner Weise erschwert werden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 27. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. Im Artois anhaltende Artillerietätigkeit im Abschnitt von Reuville-Saint-Basit. Im Laufe der Nacht unternahm wir einen Angriff, der uns gestattete, die Deutschen aus einem der durch Explosion am Tage zuvor entstandenen Sprengtrichter zu vertreiben. Zwischen der Somme und der Aisne südlich von Chaulnes beschossen unsere Batterien feindliche Lager bei Dattencourt und zerstörten einen Beobachtungsposten bei Parvillers. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Paris, 27. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend: In Belgien haben wir in der letzten Nacht die feindlichen Gräben und Laufgräben in der Gegend von Steenstraete, wo Truppenbewegungen festgestellt wurden, mit Erfolg beschossen. Im Artois hat der Feind im Laufe des Tages in der Nähe der Straße von La Fosse (nordöstlich von Neuville-St. Vaast) mehrere Minen springen lassen und die Sprengtrichter besetzt, aber in der Nähe des Weges von Neuville nach Thélus haben wir den Feind aus den Sprengtrichtern, die er zuletzt besetzt hatte, vertrieben. Lebhaftige Geschäftstätigkeit auf einem anderen Teile dieses Abschnittes. In der Gegend von Moge haben unsere Artillerie und unsere in den Gräben befindlichen Geschütze westlich von Lancourt ein Werk vernichtet, das der Feind verlassen mußte. Unsere Patrouillen konnten dort eindringen und das von den Deutschen im Stich gelassene Material einbringen. In der letzten Nacht hat ein Zeppelin-Luftschiff auf die Dörfer in der Gegend von Epernay einige Bomben abgeworfen, die nur unbedeutenden Sachschaden verursachten. Der Lenkballon wurde von einer Abteilung unserer auf Automobilen montierten Abwehrgeschütze sofort beschossen und kehrte in die feindlichen Linien zurück. Westlich von Pont-à-Mousson haben wir auf die feindlichen Verschanzungen im Priesterwalde schweres Geschützfeuer mit gutem Ergebnis gerichtet.

Belgischer Bericht: Das übliche gegenseitige Artilleriefeuer an der belgischen Front und Minenwerfertätigkeit am Rührmannshause.

Die englische Meldung.

London, 26. Januar. (W. Z. V.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier in Frankreich vom 26. Januar. Wir begegneten 27 deutschen Flugzeugen und griffen drei Fesselballons an. Zwei Flugzeuge und zwei Ballons wurden zum Landen gezwungen. Unsere Aeroplane kehrten unbeschädigt zurück. Gestern abend bombardierten die Deutschen die Umgegend von Loos und warfen bei Quai und Quinchy Handgranaten. Heute wurde die Beschichtung der Umgegend von Loos fortgesetzt und die deutsche Artillerie entwickelte einige Tätigkeit zwischen Fromelles und Vier-Maquart. Unsere Laufgrabenartillerie antwortete fräftig.

Der russische Heeresbericht.

Wetersburg, 27. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 26. Januar 1918. — Westfront: Im Abschnitt von Riga, auf beiden Seiten der Düna und bei Dünaburg Tätigkeit deutscher Artillerie. Ein deutsches Luftschiff flog von Jakobshadi in Richtung Riegea (Wohnortspunkt 87 Kilometer von Jakobshadi) und kehrte dann über Dünaburg zurück. — In Galizien erschienen an der oberen Strypa über unseren Linien vier feindliche Luftballons, die zu Erkundungszwecken in der Gegend aufgestiegen waren. Zwei dieser Ballons gingen in der Luft Feuer und leuchteten blendend beim Sinken. — An der mittleren Strypa beschoß der Feind lebhaft aber ohne Erfolg unsere Stellung. — Kaukasusfront: Wir erbeuteten ein Proviantamt der Türken mit großen Vorräten an Mehl, Brot, Zwieback, Fleischkonserven, Getreide und eine Herde Vieh.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 27. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch. Im Lagorinatal erneuerte am 24. der Feind seinen Angriffsvorstoß gegen unsere Stellungen in der Umgegend von Mori, wurde aber wieder zurückgeschlagen. Im Seganatal vertrieben unsere Aufklärungsabteilungen, die auf den Markt gestiegen waren, feindliche Truppen. Im Cadore und in Kärnten die übliche Tätigkeit der feindlichen Artillerie, die im Abschnitt zwischen dem hohen Hut und dem Valentinal (Gail) heftiger wurde. Auf den Höhen nordwestlich von Görz griffen am Abend des 24. Januar große feindliche Kräfte unter dem Schutze dichten Nebels unsere Stellungen bei Oslawija an. Angesichts der Ueberlegenheit der feindlichen Streitkräfte zogen sich einige unserer Abteilungen erster Linie, um nicht überrennt zu werden, auf einem kleinen Abschnitt der Front auf die Schützengräben zweiter Linie zurück. Dank des festen Widerstandes und der kräftigen Gegenangriffe unserer Reserve trafen sich die aufeinander folgenden erbitterten Stürme des Gegners gegen diese Gräben, und der Gegner erlitt neue sehr schwere Verluste. Auf dem stark besetzten Artillerielager, besonders im Gebiete des Monte San Michele.

Cadorna.

Italienische Munitionsschwierigkeiten.

Rom, 27. Januar. (W. Z. V.) Die „Avanti“ aus Rom meldet, daß die Munitionserzeugung in Italien wegen Maschinenmangels zu wünschen übrig. Bis zum Ausbruch des Krieges habe Deutschland drei Viertel aller Munitionsmaschinen geliefert, Amerika den Rest. Nun bleiben die deutschen Maschinen aus, während die Amerikaner es vorziehen, Patronen statt der Maschinen zu liefern. Vor dem Kriege hätten tausend Patronen ungefähr 110 Lire gekostet, jetzt müsse man in Amerika 250 Lire zahlen.

Winterruhe?

Von Richard Gädke.

Berlin, 24. Januar 1918.

Als ein Zeichen der in Rußland herrschenden Stimmung beginne ich diese militärische Betrachtung mit einigen Worten aus einer großen Rede, die kürzlich der Abgeordnete Alexandroff in dem Haushaltsauschuß der Duma gesprochen hat: „In diesem Augenblick herrscht eine Kampfspause an der Front; unsere unerbittlichen Feinde bereiten sich vor. Wir wissen, wie sie es verstehen, sich vorzubereiten. Unser ganzes Land befreit, daß wir alle schöpferischen Männer, alle unsere Kräfte in Tätigkeit setzen, unsere Energie, unseren Geist zum äußersten spannen, unseren ganzen Volke Vegetierung und wahre Kraft einhauchen mühten. Tun wir irgendwas dergleichen? Nein! Aber wir tun nicht nur nichts, man arbeitet vielmehr in diesen Schreckens-tagen daran, die Seele unseres Volkes zu ersticken. Man will die Ruhe, sagt man. Auch der Kirchhof ist ruhig. Begreift Ihr denn nicht, daß die Ruhe, die Ihr sucht, nichts ist als die Ruhe des Todes?“

Aus solchen Worten spricht das ganze graue Ciend und die Furcht vor dem Kommenden.

Aber ist die Kampfspause dieser Tage denn eine unbedingte, haben wir wirklich eine volle Winterruhe und ist diese Zeit nur eine solche der Vorbereitung? Mir scheint, daß die Entwicklung der Dinge nicht nur unter der Oberfläche, sondern auch sichtbar vor unseren Augen weitergegangen ist und uns vielleicht doch dem Frieden um ein Stück näher gebracht hat.

Und zwar waren es die Russen selbst, die diese Winterruhe störten. Der Gedanke ihrer Offensive im Südosten entstand wohl erst, als es sich unumstößlich erwies, die Rumänen in den Krieg mit hineinzuziehen. Damit war ein unmittelbares Eingreifen ihrer Heere auf der Balkanhalbinsel ein für allemal beseitigt. Daß man es ins Auge gefaßt hatte, ist sehr wahrscheinlich. Die Wiederaufnahme des Saloniki-Unternehmens nach dem Sturz in Serbien — denn um die Reubelegung eines schon aufgegebenen Unternehmens handelt es sich tatsächlich — hatte nur dann einen vernünftigen Grund, wenn man hoffte, Griechen und Rumänen doch noch in den Kampf zu zwingen, mit Italienern und Russen zusammen ein gewaltiges Heer vorwärts zu werfen, das Bulgarien erdrücken, Konstantinopel von der Landseite aus beswingen, die Einkreisung der Mittelmächte erneut und fester denn je durchsetzen sollte, um endlich von Südosten her den Todesstoß in das Herz der Donaunomarchie zu führen und damit auch die Niederwerfung Deutschlands zu sichern.

Der Plan war gigantisch, die Ausführung jämmerlich. Weder die politischen noch die militärischen Kräfte des Vierverbundes reichten zu solchen Aufgaben hin; der Einklang ihrer Interessen und damit die zielbewusste Einheit ihres Handelns war nicht groß genug; es fehlte die feste, die überlegene Hand eines einzigen großen Feldherrn, der leitende Gedanke eines einzigen Generalstabes; nur unter Wechen und Stöhnen setzten sich die Räder des schwerfälligen Londoner Kriegstrains in Bewegung. Was schlimmer ist: es fehlte das Vertrauen zu sich selbst und das Vertrauen der anderen in die stetigste Kraft des Vierverbundes. Italien versagte seine militärische Mitwirkung auf dem Balkan, ließ fast den Schwiegervater seines Königs die Zahl der landflüchtigen Heerführer vermehren; Griechenland wahrte seine Selbständigkeit allen Drohungen und Gewalttaten seiner „Freunde und Retter“ zum Trotz; Rumänien blieb taub ihren Sirenenklängen gegenüber. Die Ereignisse des Jahres 1915 hatten den Glauben zerstört. Zu spät!

Langsam sammelte sich um Saloniki ein französisch-englisches Heer — man möchte sagen: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel! Das heißt: zu schwach, um eine Offensive durchzuführen, zu stark für die kleinliche Aufgabe, Saloniki besetzt zu halten.

Das russische Heer in Westarabien schied aus. Man versuchte also, es wenigstens mittelbar zu verwerten, den Freunden auf dem Balkan dadurch Hilfe zu leisten, daß man österreichisch-ungarische Kräfte im Osten festhielt, die Heeresleitung des Vierverbundes vielleicht zum Entsenden von Verstärkungen dorthin veranlaßte. Ein Rotbeißer als in Ermangelung eines Besseren, und im Zusammenhang des gesamten Weltkrieges eine Demonstration! Eine außerordentlich verlustreiche allerdings, wie sich bald herausstellte.

Da sie wirklich nur sein konnte, wenn sie rasch geschah, wozu man die Truppen, wie sie von den Donaunordungen, von Westarabien und Odesa her, anlangten, in die Glut des Kampfes. Um einen taktischen Sieg zu erwirken, war man nicht stark genug. Trotzdem griff man rücksichtslos an, als ob Großfürst Nikolai das Heer noch führe. Die Russen opferten sich wieder einmal für die andern.

Am 23. Dezember stellten sich die ersten Vorboten der Angriffe ein, am 24. begannen sie mit voller Wucht und wurden bis zum 3. Januar mit aller Entschlossenheit fortgesetzt. Aber die Kräfte langten nur für den äußersten rechten Flügel der Armee Pfalzer-Balkin zwischen Bruch und Rjeft, den man hauptsächlich wegen der Nachbarschaft Rumäniens anfiel, und für gelegentliche starke Vorstöße gegen die Brückenköpfe an Rjeft und gegen die Strypa-Front. Nur hier und da wurde die Nachbararmee Graf Vothner gestreift, während die verbündeten Heere weiter nördlich bis zu den Brijuni-Kämpfen nur durch Vorpostenunternehmungen und seltener durch Geschützschüsse in Atem gehalten wurden.

Am 4. Januar erlahmten die wütenden Angriffe, wurden stockweise am 6. und 7., am 11. und 14. wieder aufgenommen — je nachdem neue Truppen anlangten — und erreichten in den Tagen vom 18. bis 22. Januar einen neuen Höhepunkt. Sie haben überall mit vollem Mißerfolg geendet und den Russen — zum wiederholten Male — die furchtbaren blutigen Verluste von mindestens hunderttausend Mann eingetragen, die die notwendige Folge ungeschickter Massentürme geistig schwerfälliger und schlecht ausgebildeter Truppen sind, denen es an tüchtigen Unterführern fehlt.

Aber diese Offensive hat nicht verhindern können, daß die Dinge auf dem Balkan eine für den Vierverband immer ungünstigere Wendung nahmen. Oesterreich-Ungarn konnte gegen das kleine Montenegro eine solche Ueberlegenheit einbringen, daß seine Eroberung gesichert war. Trotz der bestarabischen Angriffe und trotz Saloniki gewann seine Heerführung die Zeit zu einer Neugruppierung der Truppen, die den Angriff in die entscheidende Richtung, gegen die Südwestfront, gegen den Lancer, wandte. Die Montenegroer an der Ostfront ließen sich täuschen, unternahmen dort sogar einen stärkeren Angriff, der sie zeitweise um einige Kilometer wieder in den bereits aufgegebenen Sandtschal hineinführte. Zu spät erkannten sie ihren Irrtum. Am 10. Januar fiel der Lancer, am 13. Cetinje, am 16. bei König Nikita seine und seines Heeres Unterwerfung an. In den folgenden Tagen gerieten die fruchtbarsten Teile des Landes mit Nikitsch und Bogoretja sowie die Küste mit dem einzigen guten Hafen Antivari in die Hand der Oesterreicher, am 23. Januar abends ward auch Sutari besetzt. König Nikita hatte sich vorher — sehr zu seinem Schaden — nach Italien geflüchtet; er wie sein Volk scheiden damit endgültig als militärisch politischer Machtfaktor aus, eine nicht unbedeutende Zahl österreichisch-ungarischer Truppen wird frei für andere Aufgaben.

Inzwischen ist bereits der albanische Feldzug dem montenegrinischen gefolgt. Bulgarische Truppen sind nach einer Habas-meldung scheinbar ohne Widerstand, vielleicht unterstützt durch die Albanesen, bereits tief in das Land eingedrungen. Albanen, die alte Hauptstadt, und Berat sind in ihre Hände gefallen. Durazzo, die „Königsstadt“ Essad Paschas, und Balona scheinen bedroht. Es muß sich nun bald herausstellen, wie stark in Wirklichkeit die Italiener in und um Balona sind; die Vierverbandspresse hat bisher von 30 000 Mann gesprochen. Ob sie wirklich vorhanden sind, ob man sie jetzt vom Mutterlande verstärken wird, das ist eine Frage, die wohl schon die nächste Zukunft beantworten wird.

Die Verhältnisse im fernen Osten sind nicht ganz klar. Im Kaukasus prüft man die Anwesenheit des Großfürsten Nikolaus. Die glänzenden Siege, die er dem kleinen kaiserlichen Heere jöhnend in Aussicht gestellt hatte, sind an der Westfront ausge-

blieben; er selbst scheint sehr im Begriff zu sein, das Schicksal, das ihm in den Karpaten nicht günstig war, in den Bergen Kaukasus und Armeniens von neuem herauszufordern. Offenbar hat er den Krieg durch glückliche Vorstöße von russischem auf armenisches Grenzgebiet übertragen und scheint einen allgemeinen Angriff gegen die türkischen Stellungen nördlich und östlich der Festung Erzerum zu beabsichtigen.

Im Gegensatz sind türkische Streitkräfte in persisches Gebiet, auf dem die Russen allerdings in aller Stille erhebliche Fortschritte gemacht hatten, eingedrungen und zwar nach verschiedenen Richtungen hin; sie wollen gesiegt haben, die Russen aber auch. Es wird wohl einige Zeit dauern, ehe man den wahren Stand der Dinge hier erkennen kann.

Diese Kämpfe stehen in einem gewissen, vorläufig mehr politischem und strategischem als taktischem Zusammenhang mit den Ereignissen im Ira. Den Engländern ist hier bisher der Entschluß des von den Türken belagerten Kut-el-Amara, wo 10 000 Mann englischer Truppen eingeschlossen sind, nicht gelungen. Sie wollen ihn allerdings bis auf etwa 12 Kilometer nahegekommen sein, was man beim fehlenden Widerspruch türkischer Nachrichten zunächst glauben muß. Dann aber haben sie nach ihren eigenen Berichten einen bisher unüberwindlichen Widerstand gefunden und sich sogar um 1300 Meter zurückgezogen.

Inzwischen ist soeben die türkische Meldung eingegangen, daß der englische Angriff, und zwar nicht 12, sondern 35 Kilometer östlich Kut-el-Amara unter blutigen Verlusten zusammengebrochen ist. Der englische General hat sogar einen Waffenstillstand zur Vermeidung der Toten nachsuchen müssen. Darnach dürfte das Schicksal des Generals Townsend besiegelt sein, sobald seine Lebensmittel in der belagerten Festung zu Ende gehen.

Jedenfalls spigen sich in Asien die Dinge bereits zu.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 27. Januar. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers: An der Kaukasusfront in der Mitte außer Vorpostengefechten nichts von Bedeutung. Nördlich vom Muradfluh dauerten gestern Zusammenstöße zwischen unseren Abteilungen und feindlicher Kavallerie in gleicher Weise an. An den anderen Fronten keine Veränderung.

Grenzkämpfe in Aegypten.

Kairo, 26. Januar. (W. Z. V.) Meldung des neutralen Bureaus. Gestern wurden 4500 Araber, mit denen am 23. der Kampf begonnen wurde, drei Meilen zurückgetrieben. Unsere Verluste sind 26 Tote und 274 Verwundete. Der Feind verlor ungefähr 150 Tote und 500 Verwundete. Ein anderes Telegramm besagt: Die Briten rückten am 22. von Natruh vor, um den Feind zu treffen, dessen Stellung durch Flieger ausgedehnter worden war. Regen und Sturm machte das Terrain für Transporte schwer zugänglich. Die Briten bivallierten in der Nacht vom 22. bei Bir Schola und rückten morgens in zwei Kolonnen vor, die mit dem Feind ins Gefecht gerieten. Der Feind breitete sich nach beiden Flügeln aus und traktierte die britischen Planken zu umfassen. Der Angriff wurde zurückgewiesen. Nach einem Gefecht von zwei Stunden wurde der Feind zwei Meilen hinter sein Lager von Hagala (N), das gegen mittag besetzt wurde, zurückgetrieben. Der Feind zog sich eilig nach dem Westen zurück. Die Briten bivallierten drei Meilen westlich von Bir Schola, nachdem sie die Lagerorträte verbrannt hatten.

Grey über die Blockade.

London, 26. Januar. (W. Z. V.) Unterhaus. Shirley Ven beantragte, daß das Unterhaus angesichts der Menge Güter, die der Feind für die Fortsetzung des Krieges notwendig brauche und in neutrale benachbarte Länder des Feindes eingeführt werden, die Regierung dringend auffordere, eine möglichst wirksame Blockade durchzuführen, ohne dabei die normalen Bedürfnisse jedes neutralen Landes für den eigenen Verbrauch zu beeinträchtigen. Ven sagte, die königlichen Verordnungen hätten weder die Neutralen befriedigt, noch Deutschland behindert, seinen Bedarf zu beziehen. Die Regierung solle daher die königliche Verordnung aufheben und im Verein mit den Verbündeten eine energische Erklärung erlassen, daß die Verbündeten beschließen hätten, den gesamten überseeischen Verkehr Deutschlands durch eine Blockade der deutschen Häfen zu verhindern. Eine solche Blockade sollte als zweckmäßig erachtet werden, wenn man überzeugt sei, daß sie den Krieg abkürzen würde, wenn England auch beabsichtigt würde, die Rechte der Neutralen zu verletzen. Die Blockade sollte dem Beispiel der Blockade Abraham Lincolns im amerikanischen Bürgerkrieg folgen. Sie würde dem britischen Reich und der Welt sagen, daß die Regierung den Mut zu handeln besitze und daß England rechtlich und moralisch zu handeln berechtigt sei.

Leslie Scott unterstützte den Antrag. Andere Abgeordnete sprachen sich ebenfalls dafür aus.

Grey sagte: Die Debatte beweise, daß über die Höhe der Einfuhr nach Deutschland und die Schritte zu ihrer Abwehr große Unverständnisse herrschten. Die Ziffern, die in der Presse veröffentlicht waren, seien grotesk und würden eine Prüfung nicht ausdauern. Skandinavien und Holland hätten keineswegs 31 Millionen Puffels Weizen nach Deutschland ausgeführt und ihre Einfuhr übersteige nicht ihre eigenen Bedürfnisse. Unter jedem System, auch bei einer Blockade, müsse etwas durchfließen, aber es sei weniger gewesen, als man hätte erwarten können. Grey widersprach lebhaft der Unterstellung, daß das Foreign Office der Flotte Schwierigkeiten mache. Es sei Zeit, daß die Angriffe aufhörten, welche die Flotte auf den Gedanken brächte, daß ihre Tätigkeit durch ein anderes Ministerium gehemmt werde. Jede Blockade müsse mit den Rechten der Neutralen in Einklang gebracht werden und Schiffe, die bona fide nach neutralen Häfen fähren, müssen durchgelassen werden. Das war die Absicht derer, die die Resolution unterstützten. Die Regierung sei durchaus bereit, alle anderen Methoden zu prüfen, die den Neutralen angenehmer seien, aber sie mühten wirksam sein. Grey schloß, er wolle den Neutralen sagen, daß England seine Rechte, gegen den feindlichen Handel einzuschreiten, nicht aufgeben könne, und daß es sie nicht ausüben könne, ohne daß der Handel der Neutralen betrübliche Unannehmlichkeiten zu leiden habe. Wenn die Neutralen das Recht anerkennt, zu verhindern, daß der feindliche Handel durch neutrale Länder ginge, wären sie moralisch verpflichtet, England seine Ausübung möglichst zu erleichtern.

London, 26. Januar. (W. Z. V.) Unterhaus. (Ergänzende Meldung.) Grey sagte, daß die von der Presse veröffentlichten Statistiken irreführend sei, weil die neutralen Länder im Frieden einen großen Betrag ihrer Bedürfnisse aus feindlichen Ländern bezogen, die sie jetzt anderwärts beziehen mühten. Die amerikanischen Ausfuhrziffern schloßen nicht allein die Einfuhr nach Skandinavien und Holland, sondern auch nach Spanien, Portugal, Griechenland und Malta ein, die ihr Getreide nicht mehr aus den Schwarzmeerlandern beziehen könnten. Ferner mühten von den Ziffern über die Getreideausfuhr aus Amerika mehrere Millionen Puffels abgezogen werden, die an den belgischen Unterstützungsfonds gingen. Danach ergebe sich, daß die Ausfuhr nach Holland und Skandinavien durchaus nicht über normal sei. Bei der Statistik über Weizenmehl, das nach Skandinavien und Holland ausgeführt wurde, waren sehr große Mengen für Frankreich und Italien und den belgischen Unterstützungsfonds eingerechnet. Die wirkliche Zunahme der Einfuhr nach Holland und Skandinavien betrug nur 58 000 Puffel. Kürzlich stellte Sir Alexander Henderson Untersuchungen an Ort und Stelle an. Nach seinen Berichten ist die illegitime Ausfuhr nach Deutschland viel geringer, als man angenommen hatte.

Das Foreign Office tut sein Bestes, um sich den guten Willen der Neutralen zu erhalten. Die englischen Interessen kommen zuerst, aber man muß sorgfältig vermeiden, die Rechte der Neutralen unnötig und ungerecht zu beeinträchtigen, wenn sie

die für ihren eigenen Gebrauch notwendigen Bedürfnisse einfließen. Wir haben kein Recht, die Neutralen zu belästigen. Wenn die Blockade erreicht wird, müssen Schiffe nach neutralen Häfen mit legitimen neutralen Ladungen durchgelassen werden. Bei der Blockade müssen wir Unterschiebe machen, und nur das anhalten, wovon wir glauben, daß es für den Feind bestimmt ist. Das ist genau das, was jetzt geschieht. Die Regierung wünschte Abkommen nicht mit den neutralen Regierungen, sondern mit ihren Kaufleuten zu schließen, die es erleichtern würden, zwischen den Gütern zu unterscheiden, die für Neutrale und die für den Feind bestimmt sind.

Grey sagte weiter, er habe die letzte Note von Amerika noch nicht beantwortet. Er werde sie nach Beratung mit Frankreich beantworten. Die letzte amerikanische Note enthalte verschiedene Forderungen, die, wenn man ihnen folgen wolle, es absolut unmöglich machen würden, zu verhindern, daß große Mengen von Gütern und selbst von Konterbande durch neutrale Länder Deutschland erreichen. Aber soviel er wisse, sei das nicht die Absicht der amerikanischen oder sonst einer Regierung.

Grey schloß: Was hat im Vergleich zu unserer Beeinträchtigung des neutralen Handels Deutschland getan? Es hat den Ozean mit Minen bedeckt, die neutralen und feindlichen Handelsschiffe versenkt, es hat willkürlich das Meer als Kriegszone erklärt und in dieser Zone beständig Handelsschiffe versenkt, ohne zu warnen, ohne Rettungsmaßnahmen für die Mannschaften zu treffen, ohne den Charakter der Ladungen und ihre Bestimmungen zu untersuchen, und das bei Fahrzeugen, die zwischen neutralen Häfen verkehren, ohne England zu berühren. Was würden die Neutrale gefagt haben, wenn wir das getan hätten! Deutschland hat seine ungeschickliche, unmenschliche Politik damit gerechtfertigt, daß es sagte, es seien Repressalien gegen unsere Verschlagnahme seiner Nahrungszufuhr. Welches Recht hat Deutschland, über die Verhinderung seiner Nahrungszufuhr zu klagen, da seit Beginn des Krieges seine Kreuzer, solange sie sich auf dem Meere halten können, neutrale Handelsschiffe mit Lebensmitteln für die britische Zivilbevölkerung versenken und stets Lebensmittel als absolute Konterbande behandeln?

Im weiteren Verlaufe der Debatte betonte Lord Robert Cecil die Schwierigkeiten, in die England durch eine wirksame Blockade gebracht werden würde, und die Notwendigkeit, mit Vorsicht und Ueberlegung vorzugehen. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß im ganzen nicht mehr viel nach Deutschland durchgehe.

Internationale Friedensbestrebungen der Frauen.

Der „Verner Bund“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Am Haager Friedenskongreß der Frauen, April 1915, war beschlossen worden, an die Regierungen der kriegführenden wie auch der neutralen Länder Deputationen zu entsenden, um ihnen die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen, vor allem aber, um ihnen den Plan einer kontinuierlichen Konferenz der neutralen Staaten vorzulegen, einer Vereinigung, die beständig bereit wäre, zwischen den kriegführenden Parteien zu vermitteln und so das Ende des Krieges zu beschleunigen. Die mit dieser Aufgabe betrauten zwei Deputationen setzten sich aus Frauen verschiedener Länder zusammen: Dr. Metta Jacobs (Holland), Christal Racmillain (England), Rosa Schwimmer (Oesterreich-Ungarn), Emily G. Walsh (U. S. A.), Rosa Genoni (Italien), Jane Adams (U. S. A.), Ellen Palmstierna (Schweden), Cor Ramondt (Niederlande). Sie wurden in 14 Hauptstädten in 35 Audienzen von den Regierungen empfangen und zwar in: Berlin, Bern, Budapest, Haag, Havre (Stz der belgischen Regierung), Christiania, Kopenhagen, London, Paris, Petrograd, Stockholm, Washington und Wien. In Bern waren es die Präsidentin und die Sekretärin des Ausschusses, Miss Jane Adams und Dr. Metta Jacobs, die bei Bundespräsident Motta und Bundesrat Hoffmann eine Audienz erhielten. Auch der Papst, der Kardinal-Staatssekretär, zahlreiche bekannte Parlamentarier wurden besucht. Das Ergebnis ihrer Reisen haben die Deputationen in einem Manifest niedergelegt. Sie sprechen darin die Ueberzeugung aus, daß sich die kriegführenden Regierungen gegenüber einer Konferenz neutraler Staaten nicht ablehnend verhalten würden. Wenn auch die kriegführenden Parteien die Vermittlungsangebote einer einzelnen neutralen Macht abgewiesen haben, wenn auch keine kämpfende Nation Vermittlung nachsuchen wird, so könnte doch die Einberufung einer kontinuierlichen Konferenz neutraler Staaten einen Weg zur Vermittlung anbahnen, der zum Frieden führen würde. Andererseits hat sich gezeigt, daß die Neutrale befürchten, die Einberufung einer solchen Konferenz könnte von der einen oder anderen der kriegführenden Parteien als verfrüht angesehen werden. Diese Bedenken finden Widerlegung durch die Aussprüche maßgebender Staatsmänner der kriegführenden Staaten. „Mein Land würde nichts Unfreundliches in einem solchen Unternehmen der Neutrale sehen.“ versicherte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten einer der großen kriegführenden Mächte. „Meine Regierung würde einer solchen Konferenz kein Hindernis in den Weg legen.“ sagte der Minister der gegnerischen Macht. „Worauf warten die Neutrale?“ äußerte sich einer der populärsten Staatsmänner. Bei verschiedenen Audienzen wurde auch über die Art und Weise der Ausführung des Planes gesprochen und dem von den Frauen vorgeschlagenen Vorgehen zugestimmt. Am Schluß des Manifestes wird der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß in einem großen Teil der Bevölkerung der neutralen Staaten das Verlangen, unparteiliche Unparteilichkeit in tätiges Wohlwollen umzuwandeln, immer stärker werde und daß daraus den Regierungen die Pflicht erwachse, in diesem Sinne zu handeln. Das Manifest wurde von den Vereinigten Staaten aus, wo sich die Delegierten zur Beratung versammelten, an die Regierungen der neutralen Länder versandt.

Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei.

London, 26. Januar. (W. T. B.) Die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei wurde heute in Bristol eröffnet. Der Abgeordnete Anderson führte den Vorsitz und sagte, das Volk könne unmöglich an einem langwierigen Kriege teilnehmen, gleichviel, was das ursprüngliche Ziel des Krieges war, ohne Gefahr zu laufen, einer Reaktion anheimzufallen. Die Arbeiterpartei müsse dieser Gefahr vorbeugen, indem sie auf einen wirklichen, dauernden, ehrenvollen Frieden hinarbeite. Militarismus und Demokratie vertragen sich nicht; jede militärische Dienstpflicht bringe die Gefahr einer industriellen Dienstpflicht mit sich. Wenn von den Männern gefordert wird, ihr Leben zum Opfer zu bringen, so müssen auch Kapital und Landbesitz zur Verfügung stehen und aus diesen Mitteln muß ein Teil zur Belohnung der Helden der Schlachtfelder bereitgehalten werden. Anderson erwähnte die Arbeiter in die Zukunft zu schauen und eine der schlimmsten Folgen des Krieges abzuwehren.

Die Vertreter der Hafenarbeiter brachten eine Resolution ein, worin die Konferenz der Regierung verspricht, sie in der wirksamen Fortführung des Krieges zu unterstützen.

Ramsey MacDonald, der mit lautem Beifall empfangen wurde, sagte, die Resolution käme zu spät und zugleich zu früh. Niemand wünsche den Sieg Deutschlands, aber man müsse untersuchen, wie England in die heutige tolle Wirtschaft hineingeraten sei. Er trat für ein künftiges Zusammenarbeiten ein.

Die Konferenz nahm mit 1 502 000 gegen 602 000 Stimmen folgende Resolution an: Die Konferenz gibt gemäß ihrer früher ausgesprochenen Ueberzeugungen ihre Opposition gegen alle Systeme eines „dauernden“ Militarismus als eine Gefahr für den Fortschritt der Menschlichkeit auf; sie erachtet die gegenwärtige Aktion Englands und der Regierung in dem jetzigen Kriege für vollständig gerechtfertigt und spricht ihren Abscheu über die Greuelthaten aus, die Deutschland und sein Verbündeter durch gefühllosen, brutalen Mord an Nichtkämpfern, einschließlich Frauen und Kindern, verübt haben. Die Konferenz übernimmt die Verpflichtung, die Regierung so weit als möglich in der erfolgreichen Fortführung des Krieges zu unterstützen.

Die Konferenz nahm ferner die folgende Resolution an, die von den Eisenbahnangestellten eingebracht wurde: Die Konferenz ist überzeugt, daß die Entscheidung des gegenwärtigen Krieges von allergrößter Bedeutung für die Demokratien Englands und aller anderen Länder ist, und spricht ihre vollständige Billigung der Haltung der parlamentarischen Arbeiterpartei aus, die mit den anderen politischen Parteien bei der nationalen Werbekampagne zusammenwirkt.

Segen die Ueberschätzung der Kolonialtruppen.

„Humanität“ vom 18. 1. wendet sich in einem redaktionellen Artikel gegen die übertriebenen Hoffnungen, die in den Zeitungen an die Rekrutierung aus den Kolonien geknüpft werden und die sogar an der Ansicht gefaßt haben, man hätte sich dadurch die Eingliederung der Klasse 1917 ersparen können.

Die Angaben des Abgeordneten Dutrey, der 30 Jahre in Indochina gelebt hat, ebenso die seines Kollegen Boussnot zerstören alle derartigen Legenden. Der Esaj aus Martinique, Guadelupe, Guyana und Réunion genügt in keiner Weise den Anforderungen des Mutterlandes. Einige Bataillone aus Martinique und Guadelupe, die vor drei Jahren nach Frankreich kamen, mußten zuerst nach Algier gebracht und schließlich ganz zurückgeschickt werden. Nach Ansicht des Generalinspektors des Sanitätswesens der Kolonialtruppen sind die in der 18. Region ausgebildeten Annamiten völlig felddienstuntauglich. Der Gouverneur von Indochina erklärte auf telegraphische Anfrage die Rekrutierungsaussichten in seiner Kolonie für sehr schlecht, auch würde eine Ausbildung länger dauern als bis zum Frühjahr.

Im äquatorialen Afrika sind noch nie Rekruten ausgehoben worden. Allerdings gibt es dort kriegerische Stämme — aber erst muß man ihre Einwilligung haben, dann Vorgesetzte finden, die sich mit ihnen verständigen können — und schließlich sie an unsere Art Kriegführung gewöhnen. Alles zusammen ist nach sachverständigem Urteil kaum erreichbar. Besser sind die Aussichten nur in Französisch-Westafrika, wo nach Ansicht von M. Nam eine Armee von 100 000 Farbigen aufgestellt werden kann.

Belgische Antwort auf das deutsche Weißbuch.

Havre, 27. Januar. (W. T. B.) Die Belgische Regierung hat eine Erwiderung auf das deutsche Weißbuch fertiggestellt, in welchem sie die deutschen Anlagen gegen die Haltung der Bevölkerung gegenüber den deutschen Truppen zurückweist. Die Erwiderung legt „unwiderleglich“ dar, daß die Zeugnisse der deutschen Offiziere nach den Bedürfnissen der Beweisführung erdacht seien. Die etwa 500 Seiten umfassende Erwiderungsschrift wird auch viele bisher nicht veröffentlichte Dokumente bringen.

Politische Uebersicht.

Freigabe der Kriegsziel-Erörterung.

Die „Tägliche Rundschau“ tritt der von der „Kreuz-Zeitung“ kürzlich wiederum erhobenen Forderung, die Erörterung der Kriegsziele freizugeben, ausdrücklich bei.

„Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß wir im wesentlichen mit dieser Auffassung entschieden übereinstimmen. Spricht sie doch nur aus, was wir selbst wieder und wieder ausgeführt haben. Allerdings können wir um keinen Preis das Vertrauen in uns aufbringen, daß der Sache genügend genügt und die wünschenswerte Klärung der Geister dadurch geschaffen werden könnte, daß nur eine einseitige Erörterung dieser Dinge durch die offizielle Presse zugelassen würde.“

Wir haben ebenfalls der Eventual-Forderung, die offizielle Presse bei der Erörterung der Kriegsziele zu bevorzugen, sofort widersprochen. Ihre Verwirklichung würde nur die vielen Loblieder aus Regierungsmund auf das freie, einige Volk noch deutlicher illustrieren als der gegenwärtige Zustand.

Beleidigung einer Zensurbehörde.

Wegen Beleidigung der Beamten des Pressereferats in der Zensurabteilung in München wurde auf Antrag des bayerischen Kriegsministeriums der Schriftsteller Dr. Wilhelm Bethke von der landgerichtlichen Strafkammer in München zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wehrverein und Kriegsziele.

Nach bekannten Mustern hat nun auch der Wehrverein in einer Eingabe an den Reichskanzler seine Kriegsziele aufgestellt. Ueber den Inhalt dieser Eingabe kann aus naheliegenden Gründen nichts mitgeteilt werden.

Das bayerische Gemeindebeamtengesetz gefährdet.

Der Ausschuß der bayerischen Reichsratskammer hat die Beratung des von der Abgeordnetenkammer bereits angenommen und mit rückwirkender Kraft bis zum Kriegsausbruch ausgestatteten Gemeindebeamtengesetzes einstimmig abgelehnt angesichts seiner Tragweite und der Zeitverhältnisse. Der Minister des Innern hatte die Verabschiedung des Gesetzes namens des Gesamtministeriums befürwortet. Die Entscheidung hat jetzt das Plenum des Reichsrats zu treffen.

Soll auch über Steuern nicht geredet werden?

Vor einigen Wochen wurde durch Mitteilungen einer Polizeibehörde bekannt, daß in der Provinz Sachsen auf Anweisung des Oberpräsidenten Steuerungsversammlungen überhaupt nicht mehr genehmigt werden sollten. Am 27. Januar nun wollte der Sozialdemokratische Verein für Halle in einer Mitgliederversammlung die wichtige Frage der neuen Steuern behandeln lassen. Reichs-

tagsabgeordneter Hoch-Hannau sollte über Steuerpolitik und Sozialdemokratie sprechen. Jedoch gab die Polizei auf die Anmeldung folgenden Bescheid:

„Im Einverständnis mit dem stellvertretenden General-Commando des IV. Armee-Korps zu Magdeburg wird die beantragte Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins nicht erteilt.“

Es bleibt überlassen, die Genehmigung zur Versammlung für einen anderen Tag unter gleichzeitiger Einreichung des Vortragsmanuskripts nachzusuchen.“

Die Reform der Kriegsbesoldungsordnung.

Das Kriegsministerium hat unter dem 22. Januar 1916 eine außerordentlich umfangreiche Verfügung erlassen, deren Zweck es ist, besondere Härten, die sich bei der Reform der Kriegsbesoldungsordnung herausgestellt haben, zu beseitigen. Aus der Verordnung ergibt sich, daß die Neuregelung der Bezüge eine ganz erhebliche Verwirrung angerichtet zu haben scheint. Die Beamten scheinen vielfach das Friedens Einkommen mit der Friedensbesoldung zu verwechseln. Unter der Friedensbesoldung ist nur das direkte Friedensgehalt zu verstehen, nicht aber die Nebenbezüge. Das Kriegsministerium lehnt es auch ab, dem Verlangen zu entsprechen, daß den am 1. Dezember 1915 in ihren Kriegsstellen bereits befindlichen Personen die bisherigen Gehaltsverhältnisse bis zum Ausscheiden, bis zur Beförderung oder bis zur Demobilisierung beibehalten bleiben. Wegen dieser Ablehnung ist natürlich nichts einzuwenden, denn der ganze Effekt der Reform würde sofort wieder beseitigt sein. Dagegen wird bestimmt, daß solchen Militärbeamten, die in eine höhere Friedensstelle einrücken, auch das damit verbundene höhere Gehalt bezahlt wird. Zu den besoldeten Reichs-, Staats- und Gemeinde-(Zivil-)Beamten zählen auch die als Beamten oder mit Beamteneigenschaft lebenslanglich oder auf Kündigung Angestellten (also auch die Diätäre) der Einrichtungen, die ganz oder teilweise aus Reichs-, Staats- oder Gemeindemitteln unterhalten (nicht nur unterstützt) werden, wenn diesen Personen das im Frieden zahlbare Dienstfeinkommen während des Krieges unverfügt weitergewährt wird. Hierzu werden also auch gerechnet die Beamten der Reichsbank, die Kirchenbeamten, Pfarrer usw., ferner die Hofbeamten deutscher Bundesfürsten, die Angestellten bei den Versicherungsanstalten, Landwirtschaftskammern, Pensionskassen und Wartgeld-Empfänger, wenn ihnen die Bezüge, die sie im Frieden haben, nicht gekürzt werden. Auf diese Weise tritt nun auch eine Herabsetzung der Bezüge der Feldpostbeamten ein, die bisher immer noch doppeltes Gehalt empfangen haben. Auf der anderen Seite sind eine Anzahl von Härten ausgeglichen worden; so erhalten die Offizierstellvertreter bei der Aufnahme ins Lazarett nicht mehr wie früher die Gehaltsverhältnisse eines Bisfeldwebels, sondern die immobilen Bezüge des Offizierstellvertreters. Die Wirkung der Ueberaus umfangreichen Verordnung bedarf erst eines eingehenden Studiums, ehe ein abschließendes Urteil gefällt werden kann. So sehr anerkennen ist, daß das Kriegsministerium sich bemüht hat, weitere Erparnisse zu machen und unbegründete Ansprüche abzuweisen, so sehr muß man es bedauern, daß an den Bezügen der Offiziere bis jetzt noch nichts geändert wurde. Hier muß die Reform eine weitere Fortsetzung finden; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß sie durch nichts gerechtfertigt werden können.

Die Konservativen gegen den Kathedersozialismus.

Die „Kreuz-Zeitung“ erinnert daran, daß der Nationalökonom Professor Wagner, der jetzt keine Lehrtätigkeit an der Berliner Universität ausübt, einst lange Jahre Mitglied der konservativen Partei war. Im Anschluß hieran fährt das Blatt dann aus:

„Wir dürfen indessen nicht verschweigen, daß mehr und mehr der Zusammenhang in jenen großen Fragen zwischen Herrn Geheimrat Wagner und unserer Partei sich gelockert hat und wir schon seit Jahren nicht mehr imlande waren, den katheדרsozialistischen Anschauungen zu folgen, die, mehr und mehr ins Uferlose und Unmögliche gehend, die Verbindung mit dem Gegenwartstaate in Frage stellen, ja aufgeben. Wir müssen es geradezu beklagen, daß diese staatssozialistischen, in der Wagnerschen und Schmoller'schen Richtung vertretenen Ideen ein Uebergehoi in den Kreisen der Universitätslehrer gewonnen haben, das durchaus geeignet ist, unsere studierende Jugend auf falsche und bedenkliche Bahnen zu führen. Deshalb ist es der Wunsch der konservativen Partei, daß mehr als bisher auch entgegengelegte sozialpolitische Auffassungen ihre Vertretung im Lehrkörper der Universitäten finden und Licht und Schatten so gleichmäÙiger und gerechter als bisher verteilt werde. Es wäre tief bedauerlich, wenn jenen katheדרsozialistischen, sich von der Wirklichkeit und Möglichkeit der Dinge entfernenden Ideen ein Einfluß erhalten bliebe, den wir im Interesse unseres Staates und unseres Volkslebens nicht wünschen können.“

In den letzten Jahren sind fast überall bei Neubesetzungen von Lehrstühlen nur prinzipiell auf dem Boden des modernen Unternehmertums stehende Forscher berücksichtigt worden. Von einer wirklichen Parteilichkeit ist bei der Besetzung solange keine Rede, als Marginalien vom Lehrfach völlig ausgeschlossen werden.

Letzte Nachrichten.

Maueranschläge in Saloniki.

Paris, 27. Januar. (W. T. B.) „Petit Parisien“ meldet aus Saloniki vom 26. Januar, daß in der Nacht zuvor von unbekannter Hand eine Witzschrift an den König an die Mauern geklebt worden war, er möchte nicht gestatten, daß Feinde das griechische Gebiet hebelten; diese Witzschrift war untergeschrieben: Dein Volk und Deine Armee. Die griechische Volkzeitung die Anschläge ab.

Saloniki, 27. Januar. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der gestern Abend an den Mauern ersehene Anschlag, welchen auch die Abendblätter veröffentlichten, hat in militärischen Kreisen Bewegung hervorgerufen; Unteroffiziere des in Saloniki stehenden griechischen Bataillons legen dem Anschlag kein Gewicht bei, sondern erklären, daß die Armee dem König nach wie vor anhängt.

Deutschfeindliche Demonstration in Lausanne.

Bern, 27. Januar. (W. T. B.) Heute mittag wurden in der Rue Richard in Lausanne vor dem deutschen Konsulat, das aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers die deutsche Flagge gehißt hatte, Demonstrationen veranstaltet. Eine Anzahl von Schülern, Studenten und Arbeiter sammelte sich unter dem Fenster des Konsulates auf der Straße an, wobei sich die Menge durch zufällig des Weges kommende Passanten rasch vergrößerte. Es wurden Rufe laut: „Nehmen Sie dieses Banner weg, hissen Sie die Schweizer Flagge!“ Trotz der Anstrengungen mehrerer Polizisten, die inzwischen herbeigeeilt waren, gelang es einem Manifestanten, die Fahne herunterzureißen. Die Polizei konnte sich der Fahne bemächtigen, die in das Regierungsgebäude gebracht wurde.

Die Schweizer Regierung macht über die Angelegenheit die folgende Mitteilung: In einer heute nachmittag abgehaltenen Erörterung hat der Bundesrat Kenntnis genommen von den sehr bedauerlichen Vorfällen, die sich heute zwischen 12 und 12½ Uhr vor dem deutschen Konsulat in Lausanne ereigneten und in deren Verlauf die Fahne heruntergerissen und das Konsulat beschädigt wurde. Der Bundesrat hat beschlossen, den Chef des polizeilichen Departements zu beauftragen, den deutschen Gesandten aufzusuchen, um ihm das lebhafteste Bedauern über diesen Zwischenfall auszusprechen. Zu gleicher Zeit wurde der schweizerische Gesandte in Berlin telegraphisch beauftragt, auf dem kaiserlichen auswärtigen Amt vorzusprechen und dem kaiserlichen Gesandten in Bern die Angelegenheit zu geben. Die Bundesratsbehörden haben Maßnahmen ergriffen zur Einleitung einer Strafuntersuchung gegen die Schuldigen. Betreffs der Konsulatsfahne wurde verfügt, daß sie von neuem gehißt und mit aller notwendigen Sorgfalt beschützt werde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins im Jahre 1915.

Die Preussische Feldzeugmeisterei hat im Januar 1915 durch ein Rundschreiben allen Betrieben der Metallindustrie Berlins, die Heeresaufträge hatten, bestimmte Bedingungen auferlegt, wodurch dem starken Wechsel der Arbeiter Einhalt geboten werden sollte.

Es sollten alle Firmen neue Arbeiter, die aus Betrieben kommen, wo ebenfalls Heeresaufträge erledigt werden, nur dann einstellen, wenn die Arbeiter neben ihrer gewöhnlichen Abgangsbescheinigung einen schriftlichen Ausweis ihres bisherigen Arbeitgebers beibringen, daß ihr Austritt aus einem Betrieb und ihr Wiedereintritt in einen anderen Betrieb mit Zustimmung des letzten Arbeitgebers erfolgt.

Diese Bestimmung, die zweifellos nach vorheriger Verständigung mit den Arbeitgebern erlassen war, stellt in ihrer Wirkung eine starke Beschränkung der Freizügigkeit dar, weshalb es wohl begreiflich erklären ist, daß sich die Arbeiter ganz energisch dagegen wehrten, einmal wegen der Beschränkung selbst, dann aber auch wegen des Mißbrauchs, der mit der im Rundschreiben gegebenen Anweisung durch den Arbeitgeber getrieben werden konnte, und tatsächlich gleich zu Anfang auch getrieben worden ist.

Der entschiedene Protest der Arbeiter gegen die Bestimmungen führte zu Verhandlungen mit der Feldzeugmeisterei und den Arbeitgebern. Dabei gelang es zwar nicht, die Bestimmung mit dem Leberweissungsschein vollständig zu beseitigen, aber es konnte doch erreicht werden, daß die Bestimmungen über den Leberweissungsschein nicht in einseitiger Weise von den Arbeitgebern angewandt und von diesen allein die Entscheidung über Ausbändigung des Scheins getroffen werden konnte.

Es wurde vereinbart, eine partielle Kommission einzusetzen, bestehend zur Hälfte aus Arbeitgebern und zur Hälfte aus Arbeitnehmern, die auf Veranlassung der Entscheidung über Ausbändigung oder Verweigerung des Leberweissungsscheins treffen sollte. Die Kommission erhielt den Namen „Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlin“.

Die erste Sitzung des Kriegsausschusses fand am 24. Februar 1915 statt. In dieser Sitzung lagen bereits 24 Beschwerden vor, die in 5/2-stündiger Sitzungsdauer ihre Erledigung fanden. Bis zum Jahresabschluss hatte der Kriegsausschuss 44 Sitzungen abgehalten. Die geringste Zahl der zur Verhandlung stehenden Fälle waren sechs. Die größte Zahl der an einem Tage erledigten Fälle waren 60. Die Durchschnittsdauer einer Sitzung betrug vier Stunden, die durchschnittliche Zahl der zu erledigenden Fälle 27.

Zu beachten ist, daß zwei Gruppen von Beschwerden in Frage kommen: die sogenannten Einzelbeschwerden (zu deren Erledigung ja überhaupt der Kriegsausschuss eingesetzt ist) und dann die aus den Verhältnissen herausgewachsenen Beschwerden, die ganze Gruppen von Arbeitern umfassen.

Einzelbeschwerden wurden insgesamt 1182 in den Sitzungen des Kriegsausschusses verhandelt, davon hatten 126 Beschwerdeführer die Beschwerdestelle des Verbandes Berliner Metallindustrieller benutzt, während alle übrigen auf unserer Beschwerdestelle ihre Klage anhängig gemacht hatten.

Von diesen 1182 Beschwerden waren 39, für die der Kriegsausschuss nicht zuständig war. Entweder handelte es sich um Firmen, die nicht im Verzeichnis der Feldzeugmeisterei standen (und nur gegen diese Firmen kann vor dem Kriegsausschuss Klage erhoben werden), oder aber es handelte sich um solche Arbeitnehmer, die noch nicht aus dem Militärverhältnis ausgeschieden waren.

Ihre vorherige Erledigung fanden 277 Beschwerdefälle dadurch, daß die Parteien sich vor der Sitzung einigten oder, was auch sehr oft eintrat, daß den Arbeitern vor der betreffenden Sitzung der Kriegsschein gegeben wurde. — Zurückgezogen wurden 13 Beschwerden. — In 62 Fällen war der Kläger nicht erschienen; in 38 Fällen war die Firma nicht vertreten. Das Nichterscheinen des Vertreters der Firma hat in allen Fällen die Wirkung, daß dem Beschwerdeführer vom Kriegsausschuss der gewünschte Schein ausgestellt wird. Zwanzigmal waren beide Parteien nicht erschienen. Hier darf wohl angenommen werden, daß bereits im Betriebe eine Verständigung herbeigeführt worden war, ohne jedoch dem Kriegsausschuss davon Mitteilung zu machen.

308 Arbeiter erhielten vom Kriegsausschuss den Schein zugesprochen, sieben unter einer Bedingung. Meist handelte es sich in diesen Fällen darum, daß von dem Beschwerdeführer noch ein besonderer Nachweis für die von ihm vorgebrachte Behauptung zur Erlangung des Scheins verlangt wurde. In 487 Fällen erfolgte vor dem Kriegsausschuss eine Verständigung, mit der beide Parteien einverstanden waren, während in 34 Fällen die Beschwerdeführer mit ihrem Antrage auf Erteilung des Scheins abgewiesen wurden.

Soweit die Erledigung der Einzelfälle. Die 33 größeren Beschwerdefälle hatten ihre Ursache in Lohnforderungen, Arbeitsfreizeiten oder sonstigen Differenzen allgemeiner Natur, bei denen die Verhandlungsmöglichkeiten im Betriebe bereits erschöpft waren. Die Mehrzahl dieser Fälle, und zwar 26, umfaßten Arbeiterzahlen bis zu 100, während in sechs Fällen mehr denn 100 Arbeiter in Frage kamen. Insgesamt waren an diesen größeren Beschwerden 2094 Arbeiter beteiligt. Die geringste Zahl der hierbei in Frage kommenden Arbeiter war 4, die größte Zahl 587.

Erledigt sind diese Fälle in folgender Weise: Nichtzuständig war der Kriegsausschuss in einem Falle mit acht Arbeitern, während in einem Falle mit neun Arbeitern die Beschwerde vor der Verhandlung zurückgezogen wurde. Vorher erledigt hatten sich zwei Fälle mit zusammen 25 Arbeitern. Durch Erteilung des Scheins wurden sieben Fälle mit 118 Arbeitern erledigt, in einem Falle deshalb, weil die Firma nicht vertreten war. Abgewiesen wurde nur ein Fall mit 30 Beschäftigten.

In fünf Fällen mit 203 Arbeitern erfolgte eine Verständigung vor dem Kriegsausschuss, und in 15 Fällen mit 1701 Arbeitern wurde die fristige Angelegenheit zur erneuten Verhandlung im Betriebe zurückverwiesen, davon in fünf Fällen mit 88 Arbeitern unter der Bedingung, daß wenn im Betriebe nunmehr eine Einigung nicht erfolgt, die Arbeiter Anspruch auf den Kriegsschein haben. Unter den letzteren Fällen befand sich auch eine Angelegenheit, die dem Kriegsausschuss bereits einmal beschäftigt hatte, und die nach Verhandlungen zur erneuten Besprechung an den Betrieb zurückverwiesen war. In allen Fällen wurde jedoch letzten Endes eine Einigung herbeigeführt.

Bei diesen größeren Streitfällen traten mit einer einzigen Ausnahme die Arbeiter als Beschwerdeführer auf. Der Ausnahmefall betraf die Firma Daimler in Marienfelde. In diesem Falle hatte die Firma die Ladung der Arbeiter beantragt.

Unter Verhinderung der durch den Krieg verursachten einengenden Bestimmungen über die praktische Anwendung der Arbeiterrechte, die aus dem Koalitionsrecht herzuleiten sind, darf man wohl sagen, daß sich diese Einrichtung durchaus bewährt hat.

Sehr interessant war, daß selbst bis in die neueste Zeit hinein festgehalten werden konnte, daß Arbeitgeber diese Einrichtung vielfach falsch verstanden haben, wie die vielen Prozesse, die die Arbeiter vor den verschiedenen Gewerbegerichten wegen Schadenersatz angehängt haben, beweisen. Die Arbeitgeber haben nämlich vielfach geglaubt, das Mittel des Leberweissungsscheins oder, wie der populärer gewordene Ausdruck lautet, des Kriegsscheins, dazu benutzen zu können, die Arbeiter zu irren. Das geschah in folgender Weise:

Es wurden Arbeiter aus irgend einem Grunde entlassen oder aber auch die Anweisung einer der Beschwerdestellen des Kriegsausschusses, einen Arbeiter wieder einzustellen, bis zur endgültigen Beschlußfassung vom Arbeitgeber abgelehnt, und trotzdem hat dann der Arbeitgeber in all diesen Fällen die Ausbändigung eines sogenannten Kriegsscheins verweigert. Es ist natürlich, daß die Arbeiter für die Zeit, die sie infolge dieses nicht korrekten Verhaltens der Arbeitgeber arbeitslos waren, Anspruch

auf Schadenersatz hatten, der dann auch regelmäßig bei dem Prozeß vor den Gewerbegerichten dem Arbeiter zugesprochen wurde. Die Tatsache, daß es bis in die letzte Zeit Firmen gab, die in dieser mißbräuchlichen Weise glaubten, die Bestimmungen des Kriegsscheins gegen die Arbeiter anzuwenden zu können, zeigt, wie sehr der Metallarbeiterverband im Recht war, als er bei Herausgabe des Rundschreibens der Feldzeugmeisterei vom 11. Januar 1915 dagegen protestierte, daß man die Arbeiter in solch einseitiger Weise durch die Wehrde glaubt behandeln zu können.

Die zahlreichen Fälle von Verweigerungen, die Bestimmungen des Kriegsscheins mißbräuchlich gegen die Arbeiter zur Anwendung zu bringen, die in den Sitzungen des Kriegsausschusses zur Sprache kamen, werden wohl auch dem Vertreter der Feldzeugmeisterei von der Berechtigung des damaligen Protestes durch den Metallarbeiterverband überzeugt haben.

Die Verhältnisse in der chirurgischen Branche.

Es gibt in der Metallindustrie keine Branche, die in der Kriegszeit so gelitten hat, wie die chirurgische. Während in vielen Branchen der Metallindustrie der Krieg schließlich eine Hochkonjunktur brachte, sind in der chirurgischen Branche, abgesehen von vereinzelter Ausnahme mit Kriegsarbeit, Verschlechterungen der Beschäftigung eingetreten. Betriebe, die vorher 40—60 Personen hatten, beschäftigen jetzt 6—8 und wo 4—6 Kollegen waren, findet man jetzt manchmal einen oder zwei. Die Hartgummiindustrie liegt ganz daneben. Zum Beispiel hat jetzt eine Firma bis etwa 150 Arbeiter, die vorher 600 beschäftigte. Allerdings werden Produkte der chirurgischen Industrie im Krieg verbraucht. Sie sind aber zum größten Teil schon vor dem Krieg fertiggestellt worden. Die Neuanfassungen werden in der Hauptsache erst erfolgen, wenn der Krieg beendet ist, wenn das Reich sozusagen Inventur machen wird. Dann dürfte in der Branche, gegenüber den jetzigen traurigen Verhältnissen, ein Aufschwung zu erwarten sein. — Diese Frage eines neuen Aufschwungs berührte in einer Branchenversammlung ein Verbot des Branchenleiters über eine im Dezember 1913 abgehaltene, vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes einberufene Konferenz für die Orthopädiearbeiter Deutschlands. Man erörterte dort die Fragen, die mit dem als Kriegserfolge erwarteten Aufschwung in der Orthopädie zusammenhängen. Im Anschluß an diesen Bericht kam die Verhandlung zu der Auffassung, daß es Sache der Bundagierten und Orthopädisten wäre, auf dem Posten zu sein, um die Situation zur gegebenen Zeit nutzen zu können. Auch im übrigen wurde betont, daß man den Zusammenhang wahren müsse im eigenen Interesse.

Aus dem Jahresbericht der Branche sei erwähnt, daß die Haupttätigkeit im verflochtenen Jahre in die Vertrauensmännerversammlungen verlegt wurde. In einzelnen Betrieben berieten die Arbeiter, Steuerungsmaßnahmen zu erreichen. Hier und da gelang es auch. Es wurde aber verhältnismäßig wenig erzielt.

Die Branchenkommission, deren Kuwahl aus der Tagesordnung stand, wurde, abgesehen von der Hinzunahme eines Kollegen, in der bisherigen Zusammenlegung belassen, auch bezüglich der Leitung.

In einer Aussprache über Betriebsverhältnisse wurde gerügt, daß bei Windler, wo Prothesen (Triage) verlorener menschlicher Gliedmaßen gefertigt werden, der Arbeitsverdienst bei dieser Kriegsarbeit recht minimal sei, im Verhältnis zu den Verdiensten, die sonst in der Metallindustrie bei Kriegsarbeit erzielt würden.

Die Kamm- und Haarschmuckarbeiter hatten im Jahre 1915 — wie der in der letzten Branchenversammlung erstattete Bericht der Kommission ergibt — im allgemeinen eine gute Konjunktur, verursacht durch die infolge zahlreicher Einberufungen zum Heeresdienst verminderte Arbeiterzahl. Infolgedessen sind die Löhne gestiegen, jedoch bei weitem nicht in dem Maße, wie die Lebensmittelpreise in die Höhe gegangen sind. Die Kommission hat deshalb versucht, eine allgemeine Steuerungsmaßnahme für die Berufsangehörigen zu erlangen. Der Arbeitgeberverband, der vor dem Krieg nie zu Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation zu bewegen war, hat auf Eruchen der Kommission mit ihr zwar wegen der Steuerungsmaßnahme verhandelt, es kam aber keine Verständigung zustande. So stellen denn die Arbeiter in den einzelnen Betrieben Anträge auf Gewährung von Steuerungsmaßnahmen. Der Erfolg dieses Vorgehens war, daß in einem Teil der Betriebe Zulagen, meist 10. Proz. gewährt wurden. Vor dem Krieg waren 415 männliche und 167 weibliche Arbeitskräfte in der Branche beschäftigt. Im Dezember 1915 wurden 148 Arbeiter und 211 Arbeiterinnen gezählt. Während sich also die Gesamtzahl der Arbeitskräfte vermindert hat, ist die Zahl der weiblichen Berufsangehörigen wesentlich in die Höhe gegangen. 13 Betriebe wurden während des Krieges geschlossen.

Die Perlmutt-, Horn- und Steinnußarbeiter haben unter dem Krieg sehr zu leiden gehabt; die Betriebe arbeiten teilweise wochen- und monatelang mit stark verlängerter Arbeitszeit. Es war trotzdem möglich, auch für diese Gruppe eine Steuerungsmaßnahme zu erreichen. Allerdings wurde in der letzten Branchenversammlung behauptet, einzelne Firmen zahlten die Zulage nicht. Von anderer Seite wurde dagegen dies damit erklärt, daß eine Firma die andere ausspiegle und jede ihren Arbeitern sage, die andere zahle nicht die Steuerungsmaßnahme. Das eine steht jedenfalls fest, wo die Arbeiter ihre Zulage energisch verlangen, erhalten sie dieselbe auch.

Aus Industrie und Handel.

Devisenprivileg und Großbanken. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Wir glauben, daß die Banken, die das Devisenhandelsprivileg erhalten haben, wenigstens eine Anstandsfrist wahren und einstweilen davon absehen würden, ihren weniger glücklichen Berufsgenossen Konkurrenz zu machen. Dem ist aber nicht so! Wir lesen nämlich in der „Aölnischen Zeitung“, daß in Kreisen der nicht zur Devisenorganisation herangezogenen Banken eine Bestimmung herrscht, die um so begreiflicher sei, als viele von ihnen ebenfalls ein sehr ausgedehntes Devisengeschäft betrieben haben. Dazu komme noch, daß nunmehr manche der sogenannten Devisenbanken den Versuch machen, in die Kundschaft der anderen Banken hineinzugehen, indem sie dieselben ihre Dienste für die Devisengeschäfte anbieten.

Diesen Weg, den hier die privilegierten Banken einschlagen für gut befinden, zeigt, wozu man das Privileg braucht oder besser — mißbraucht. Bemerkenswert ist es übrigens, im Zusammenhang mit diesen Vorgängen die Ansicht des Sprachrohrs der hantsinanco — der „Frankfurter Zeitung“ — lernen zu lernen, die dahin geht, daß es nunmehr mit den Millionenverdiensten am Devisenmarkt für die Großbanken vorbei sein könnte! Die „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt im Anschluß daran ihre alte Forderung, der Devisenhandel solle allein in die Hände der Reichsbank gelegt werden.

Was die englischen Reedereien verdienen.

Ein Seefahrts-Korrespondent schreibt in der „Times“ vom 20. Januar: Der englische Dampfer „Elmoor“ von 3744 Tonnen, erbaut im Jahre 1910, der Moor-Einie (Munciman Ltd.) gehörig, kann im Bau etwa 42000 Pfd. Sterling gekostet haben. Wenn man 4 Proz. jährlich für Abnutzung abzieht, würde der Dampfer jetzt unter normalen Umständen mit 35280 Pfd. zu bewerten sein.

Dieser Dampfer wurde nämlich für 12 Monate an eine italienische Firma vermietet und zwar zum Preise von 30 Schilling pro Tonne und Monat. Das ergibt für 12 Monate 104728 Pfd. Die laufenden Ausgaben pro Monat können 900 Pfd. betragen, Kriegsversicherung 250 Pfd., zusammen 1150 Pfd. monatlich oder 13800 Pfd. jährlich. Es bleibt ein Gewinn von 95928 Pfd. Wenn man für Entwertung noch 1680 Pfd. abzieht, bleibt ein Reingewinn von 94248 Pfd.

Der Durchschnittsgewinn an demselben Dampfer mag vor dem Krieg 8000 Pfd. jährlich betragen haben, so daß ein „Kriegsgewinn“ von 86248 Pfd. verbleibt. Von diesem Mehr-

gewinn würde der Staat die Hälfte als Kriegsgewinnsteuer an sich nehmen, so daß den Reedern ein Gewinn von 49624 Pfd. bleibt, während das ganze Schiff 35280 Pfd. wert ist. Wenn die „Elmoor“ von der Admiralität zum Zuge von 11 Schilling pro Tonne und Monat requiriert worden wäre, würde der Reeder bei genau der gleichen Abrechnung einen Reingewinn von 8614 Pfd. erzielen.

Die Papiervertenerung.

„Central News“ melden: In Journalistenkreisen Londons verläutet, daß Anfang April das Maß der Zeitungen sich verkleinert und auch die Seitenzahl vermindert werden muß, weil das Ausfuhrverbot von Pulpe die Papierkosten um mindestens 40 Proz. erhöht.

Englisches Gefrierfleisch. Aus dem Jahresbericht der Firma Waddell u. Co. — mitgeteilt in der „Morning Post“ vom 21. Januar — geht hervor, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch nach England im Jahre 1915 fast ebenso hoch war wie im Vorjahre. Frankreich und Italien führten fünfmal so viel ein wie im Jahre 1914. Alles in allem sei die Preissteigerung um 30 p. S. gegenüber dem Vorjahre nicht überraschend.

Die englische Gesamteinfuhr an gefrorenem und gekühltem Fleisch betrug 664508 Tonnen gegenüber 604427 Tonnen im Jahre 1914. Der Wert der Einfuhr des Jahres 1915 dagegen betrug 89,67 Millionen Pfund Sterling gegenüber nur 30 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1914.

Die Weltproduktion für die Ausfuhr belief sich auf 882658 Tonnen, d. h. 82000 Tonnen mehr als im Vorjahre.

Soziales.

Ein verhängnisvoller Formfehler im Kriegsschein.

Es kam öfter vor, daß Arbeiter, die in einem unter dem Kriegsscheinabkommen fallenden Betriebe beschäftigt waren, bei ihrem Abgange eine Bescheinigung bekommen des Inhalts, daß der Arbeiter in der und der Zeit als das und das beschäftigt war und seiner Einstellung in einem für Heeresbedarf arbeitenden Betriebe nichts im Wege stehe. — Ein derartiges Schriftstück ist also zugleich eine Arbeitsbescheinigung im Sinne der Gewerbeordnung und ein Kriegsschein. Daß eine Bescheinigung mit solchem Doppelcharakter verhängnisvolle Folgen hervorrufen kann, zeigte eine am Dienstag vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts verhandelte Klage.

Der Kläger hatte als Former bei der Firma Bär gearbeitet und bei seinem Abgang eine Bescheinigung der bezeichneten Art bekommen. Hierauf trat er, weil sich ihm im Augenblick nichts anderes bot, als Arbeiter bei der Firma Göde ein, löste dies Verhältnis aber nach zwei Tagen, um bei der Firma Gyllop wieder als Former beschäftigt zu werden. Einen Kriegsschein brauchte der Kläger bei der Firma Gyllop nicht, aber er sollte eine Arbeitsbescheinigung derjenigen Firma vorlegen, wo er zuletzt als Former beschäftigt war. Das war die Firma Bär. Von dieser hatte der Kläger eine Arbeitsbescheinigung erhalten, die er aber, weil sie mit dem Kriegsschein verknüpft war, der Firma Göde beim Antritt des Arbeitsverhältnisses hatte übergeben müssen. Die Firma Göde weigerte sich, dem Kläger diese Bescheinigung herauszugeben, denn dem Kriegsschein des vorigen Arbeitgebers darf sie nach den geltenden Bestimmungen nicht zurückgeben und deshalb konnte sie auch die mit dem Kriegsschein verbundene Arbeitsbescheinigung nicht herausgeben. Der Kläger wurde infolge dieser Umstände nicht bei der Firma Gyllop eingestellt und verlangt deshalb von der Firma Göde Schadenersatz für die Zeit der Arbeitslosigkeit.

Der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, sagte, da derartige Fälle schon öfter vorgekommen seien, habe er an die Feldzeugmeisterei geschrieben, sie möge doch die in Frage kommenden Firmen anweisen, daß der Kriegsschein getrennt von der Arbeitsbescheinigung auszustellen sei. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß die Klage gegen die Firma Göde aussichtslos sei, weil die Bescheinigung ja den Kriegsschein nicht herausgeben durfte. Für etwaige Schadenersatzansprüche würde nur die Firma Bär herangezogen werden können.

Hierauf nahm der Kläger die Klage gegen die Firma Göde zurück.

Berichtszeitung.

Versammlung?

Die Zusammenkunft einiger Bäckermeister und der Begriff Versammlung spielte am Montag eine Rolle in der Strafsache gegen den Bäckermeister Karl Rieseberg, der vom Landgericht Halberstadt am 8. September v. J. von der Anklage eines Vergehens gegen das Belagerungsgesetz freigesprochen worden ist, nachdem das Reichsgericht ein früheres, gleichfalls auf Freisprechung lautendes Urteil aufgehoben hatte. Der Angeklagte ist Obermeister der Bäckerei in Quedlinburg i. S. Er wurde aus Anlaß einer vom Magistrat erlassenen Protverordnung von mehreren Bäckermeistern um Rat befragt. Der Vorstand der Innung, der seine Beschlüsse in einer Versammlung zu fassen pflegte, bestand aus 5 Mitgliedern, doch waren zu jener Zeit 3 von ihnen eingezogen, und daher nicht beschlußfähig. Darum berief der Angeklagte das zweite noch vorhandene Vorstandsmitglied und 10 Mitglieder der Innung auf den 14. Februar zu einer Besprechung zusammen. In dieser sollte darüber beraten werden, welche Maßnahmen angesichts der erlassenen behördlichen Verfügung zu ergreifen seien. Nun war aber durch eine Verfügung des stellvertretenden kommandierenden Generals des 4. Armee-Korps eine Versammlung nur dann erlaubt, wenn diese mindestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Zweckes, des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde angemeldet und von dieser die Genehmigung erteilt war. Diese verschärften Versammlungsvorschriften waren im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des Belagerungsgesetzes erlassen worden. Hiergegen sollte sich der Angeklagte vergeblich haben, indem er die 12 Personen zusammenrief, ohne die vorherige Genehmigung nachgesucht und erhalten zu haben. Das Gericht ist jedoch der Ansicht gewesen, daß von Versammlung im Sinne des Gesetzes des Versammlungsrechtes im vorliegenden Falle nicht die Rede sein könne, wie auch der Angeklagte selbst zu seiner Verteidigung vorgebracht hatte, er habe die Zusammenkunft lediglich als eine Besprechung geschäftlicher Angelegenheiten aufgefaßt, in der erst erwogen werden sollte, ob eine Versammlung beantragt werden sollte, und diese zwanglose Zusammenkunft habe er nicht für anmeldepflichtig gehalten. Das Gericht hat daher den Angeklagten auch in der erneuten Verhandlung freigesprochen. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft wiederum Revision eingelegt, in der sie rügte, der Vorderrichter habe den Begriff der Versammlung zu eng gefaßt. Das Reichsgericht erkannte indessen mit Recht, entgegen einem Antrag des Staatsanwalts, auf Verwerfung des Rechtsmittels, da der hier in Frage kommende zwanglose Zusammenkunft der 12 Personen zu einer einfachen Besprechung vom Vorderrichter ohne Rechtsirrhum der Charakter einer Versammlung abgeprochen und auch ein sachlässiges Verschulden des Angeklagten eingehend geprüft und mit Recht verneint worden sei.

Zum neuesten Milchplauschereiprozess.

Wie berichtet in Nr. 25 über eine Gerichtsverhandlung gegen eine der Milchverwässerung angeklagte Füllschleierin der Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten, hierzu sendet uns die Direktion der Interessen nemlich eine Erwiderung, in der sie gegenüber den Zeugnisaussagen bestreitet, daß mit Wasser verlegte Milch aus ihrem Betrieb in den Verkehr gelangt sei und daß ihr Laboratorium sich als unzuverlässig erwiesen habe.

Das tägliche Brot.

Die neuen Kartoffelpreise.

(Amtlich.) Die vom Reichskanzler vor einigen Tagen der Heeres- und Marineverwaltung, der Reichskartoffelstelle und bestimmten Kommunalverbänden erteilte Ermächtigung zur Ueberschreitung der bisherigen Kartoffelhöchstpreise hat am 27. d. M. auch die Zustimmung des Bundesrats gefunden.

Zur Begründung dieser von uns bereits kritisierten Maßnahme führt ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Volkszeitung“ an:

„Da sich herausgestellt hat, daß die Landwirte mit ihren Kartoffeln zurückhalten, so erscheint die Erhöhung der Höchstpreise als das beste Mittel, die Landwirte zu einer Vergabe ihrer Vorräte zu bestimmen und sie von einer Verfrachtung abzuhalten.“

Die Landwirte, die so pflichtgetreu waren, ihre Vorräte zurückzuhalten, werden also regelrecht belohnt. Dazu wird ihnen bereits jetzt eine abermalige Erhöhung der Kartoffelpreise im April versprochen!

Die Erhöhung der Gemüsehöchstpreise.

Wie bereits angekündigt, hat der Reichskanzler die am 4. Dezember v. J. festgesetzten Höchstpreise für Gemüse und Zwiebeln erhöht. Nur für Sauerkraut bleibt der Höchstpreis unverändert.

Die neuen Preise sind bereits gestern, am 27. Januar, in Kraft getreten.

In der neuen Verordnung des Reichskanzlers heißt es: Beim Verkaufe durch den Erzeuger oder Hersteller an den Handel dürfen folgende Preise frei ab nächster Verladestelle (Bahn oder Schiff) für 50 Kilogramm beste Ware nicht überschritten werden:

Table with 3 columns: Gemüseart, neuer Höchstpreis, bisheriger Höchstpreis. Includes items like Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, Kohlräben, Möhrrüben, Speisebohnen, etc.

Diese Preise schließen die bisher handelsübliche Verpackung ein. Für Frostverpackung, die über das gewöhnliche Maß hinausgeht, können die Selbstkosten berechnet werden.

Insofern für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut Höchstpreise für die Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher festgesetzt werden, dürfen sie folgende Sätze für 0,5 Kilogramm bester Ware nicht überschreiten:

Table with 3 columns: Gemüseart, neue Preisgrenze, bisherige Preisgrenze. Includes items like Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, Kohlräben, Möhrrüben, Speisebohnen, etc.

Innerhalb dieser oberen Grenzen können, wie bekannt, die Gemeinden und Kommunalverbände Kleinhandelshöchstpreise festsetzen.

Die Verteuerung des Zuckers.

Eine halbamtliche Korrespondenz berichtet auf eine Erhöhung des Rohzuckerpreises von 12-12,50 auf 15 M. pro Zentner vor. Die Korrespondenz muß dabei selbst zugeben, daß im vergangenen Jahre der Zuckerpriß bereits von 9,95 auf 12,50 M. erhöht worden ist, und bei 118 Zucker-Aktien-gesellschaften die Dividende durchschnittlich von 8,8 auf 13,61 Proz. gestiegen ist.

Aber es ist nicht ohne weiteres gesagt, daß eine Erhöhung der Rohzuckerpreise auch eine Erhöhung des Verbrauchs zuckers mit sich bringen muß. Bei der Verteuerung der Zuckerrüben im Haushaltsausmaß des Abgeordneten-hauses wurde von maßgebender Stelle erklärt, daß eine Erhöhung des Rohzuckerpreises noch nicht eine entsprechende Steigerung des Verbrauchszuckers einschließen müsse.

Die Verbraucher können sich indessen nicht mit Möglichkeiten abspesen lassen, sondern verlangen, daß unter allen Umständen eine Verteuerung des Verbrauchszuckers vermieden wird. Nach Urteil von Sachverständigen ist auch die Erhöhung der Rüben- und Rohzuckerpreise keineswegs notwendig.

Die Hoffnung auf höhere Preise.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird aus einem Schreiben, das ein Freund dieser Zeitung von einem Kaufmann aus Krossen erhielt, folgende Stelle wiedergegeben:

„Ich danke erg. für die freundliche Anfrage, kann aber für Graupen keine Offerte machen, da die Mühlen und Grossisten seit Festlegung der Höchstpreise mit keinem Angebot herankommen.“

Also auch hier die Spekulation auf erhöhte Preise!

Die Preiserhöhung. In der 2. Kammer des sächsischen Landtags fragte die nationalliberale Fraktion nach den Gründen, die den Bundesrat bewegen haben, die Höchstpreise für Brotgetreide und Kartoffeln zu erhöhen und welche Haltung die sächsische Regierung bei der Beschlußfassung hierüber eingenommen habe.

Aus der Partei.

Meine Pariser Reise.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ eine Erklärung des Genossen Hermann Müller vom Parteivorstand, in der er sich gegen Ausführungen wendet, die Genosse Ledebour in einer Kieler Versammlung gemacht hatte.

Die betreffende gemeinsame Sitzung des Fraktionsvorstandes (und nicht der Fraktion) und des Parteivorstandes fand am 31. Juli statt (nicht am 30. Juli). In dieser Sitzung herrschte nicht einmütig (wie der Bericht den Genossen Ledebour sagen läßt) die Ansicht vor, daß den Kriegskrediten, wie sie die Regierung verlangen würde, nicht zugestimmt werden könnte.

Es ist weiter falsch, daß in dieser Sitzung beschlossen wurde, eine gleichlautende internationale Rundmachung in den verschiedenen Parlamenten durch die sozialistischen Abgeordneten verlesen zu lassen. Genosse Ledebour machte allerdings in seiner Rede unter anderem einen solchen Vorschlag. Er fand aber Widerspruch. Ein Beschluß wurde hierüber nicht gefaßt.

Die Bremer Parteiorganisation zur „Bremischen Korrespondenz“.

Eine außerordentliche Generalversammlung, von ca. 1200 Genossen besucht, beschloß sich u. a. auch mit der „Bremischen Korrespondenz“. Nach einem Referat des Genossen Henke wurde folgender Dringlichkeitsantrag gegen ganz wenige Stimmen angenommen:

Da der Eigentümer der Druckerei der Sozialdemokratischen Verein ist, fordert die heutige außerordentliche Generalversammlung als die höchste Instanz des Vereins den Geschäftsführer der Druckerei auf, den Druck der „Bremischen Korrespondenz“ zu unterlassen.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Am Sonntag tagte eine Vorstandskonferenz des Wahlkreises Sorau-Fork, in der der Abgeordnete des Kreis Genosse Oswald Schumann Bericht erstattete über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die am Sonntag, den 23. Januar 1916, in Sorau tagende Konferenz von Vertretern der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Sorau-Fork sieht nach wie vor auf dem Standpunkte der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Sie hält insbesondere die Bewilligung der letzten Kriegskredite nicht nur in Konsequenz der Politik des 4. August 1914, sondern auch in Rücksicht auf die gegenwärtige Kriegslage für durchaus geboten.

Die Konferenz verurteilt aufs schärfste das Sondervergehen der 20 Mitglieder der Fraktionsminderheit bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Plenum des Reichstages. Sie erklart darin einen Disziplinbruch schlimmster Art, der geeignet ist, die Einheit der Partei zu zerstören, ihre Aktionsfähigkeit aufzuheben und durch Verletzung des Grundgesetzes der Sozialen Demokratie der gesamten Arbeiterbewegung ungeheuren Schaden zuzufügen.

Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, in ihren Kreisen alles zu tun, was geeignet ist, die Einheit und Geschlossenheit der Partei — trotz des durch die Zwanzig gegebenen schlechten Beispiels — zu erhalten und zu stärken.

Die Vertrauensleute der Partei in Frankfurt a. M. nahmen in einer gut besuchten Versammlung am Dienstag, den 25. Januar,

zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion Stellung. Der Frankfurter Reichstagsabgeordnete, Genosse Dr. Quard, hielt das einleitende Referat. Er legte ausführlich die Gründe der Minderheit und die der Mehrheit dar.

An der sachlichen Aussprache beteiligten sich nur prinzipielle Anhänger der Mehrheit der Fraktion, von denen einige allerdings ein stärkeres Auftreten der Fraktion gegen die Annerkennungspolitik gewünscht hätten. Für die Genossen der Minderheit gab ein Genosse die Erklärung ab, sie würden sich an der Diskussion nicht beteiligen, da die Erörterung dieser Frage vor eine Mitgliedsversammlung gehöre. Sie verließen die Versammlung vor deren Schluß.

Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme des folgenden Antrags:

„Die Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. schließen sich der Erklärung des Parteiaususses zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite an.“

Ein sozialdemokratischer Stadtrat in Leipzig.

Die Stadtverordneten in Leipzig wählten den Landtagsabgeordneten Genossen Lange zum unbeforderten Stadtrat. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in das Leipziger Ratkollegium ein.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich beruft auf den 27. Februar nach Zürich den ordentlichen Parteitag ein. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung die Gemeindevahlen im ganzen Kanton Zürich im Frühjahr 1916 und Stellungnahme zu den Gesetzesvorlagen am 5. März zur Volksabstimmung.

Das Organ der sozialdemokratischen Jugendorganisation der Schweiz, die „Freie Jugend“, erscheint seit Neujahr alle 14 Tage, während es bis dahin nur einmal im Monat erschien. Das sehr gut redigierte Blatt leistet unserer Bewegung gute Dienste. Die sozialdemokratische Jugendorganisation selbst zählt gegenwärtig circa 100 Sektionen mit gegen 8000 Mitgliedern.

Aus Groß-Berlin.

Frisches städtisches Schweinefleisch.

Die Abgabe frischen Schweinefleisches in den städtischen Verkaufsstellen erfolgt zu den allgemeinen vom Magistrat für Schweinefleisch und Schweinefett festgesetzten Höchstpreisen. Die Entnahme ist nur gegen Vorzeigung einer besonderen Ausweiskarte für frisches Schweinefleisch gestattet, die für jeden Haushalt auf Antrag von der zuständigen Brotkommission ausgestellt wird.

Jede Ausweiskarte berechtigt zum Bezuge von wöchentlich höchstens 2 Pfund Fleisch. Die Abgabe erfolgt in halben Pfunden oder dem Vielfachen von einem halben Pfund bis zur Höchstmenge von 2 Pfund auf jede Karte in jeder Woche. Wiederverkäufern, Zwischenhändlern, Fleischern, Wurstwarenfabrikanten und Restaurateuren ist die Entnahme von Schweinefleisch nicht gestattet.

Wo stehen Buchweizen und Hirse?

Vor einigen Tagen wurde die Bevölkerung aufgefordert, nach Möglichkeit den teureren Reis durch Buchweizen oder Hirse zu ersetzen. Mit einem Hinweis auf die Unmöglichkeit dieser Art Hilfsfrüchte wurden auch Kochvorschriften bekanntgegeben. Die Kochkünstler haben vom grünen Tisch aus gut Ratsschlagen. Zunächst ist der Preis für Buchweizen und Hirse ganz enorm hoch, kostet doch Buchweizen etwa 90 und Hirse etwa 80 Pf. das Pfund.

Die Liebesgabenzüge für die deutschen Gefangenen in Sibirien.

Durch die opferwillige Hilfsätigkeit aller Bevölkerungsschichten ist für die deutschen Gefangenen in Sibirien unter Leitung des Roten Kreuzes die Zusammenstellung von Liebesgabenzügen ermöglicht worden. Die Züge haben nunmehr zum größten Teil die schwedisch-russische Grenze überschritten. Mehrere von ihnen sind bereits an ihrem Bestimmungsorte eingetroffen, so daß der Inhalt an die Gefangenen verteilt werden konnte.

Alle bisherigen Nachrichten bestätigen, daß die Verteilung dieser Gaben einem dringenden Bedürfnis entspricht; sie werden das Los unserer Landsleute in Sibirien lindern helfen. Schon liegen Viefse von Kriegsgefangenen vor, die ihre große Freude über den Empfang der Sachen ausdrücken.

Ein Schulklassenrat Lichtenbergs gegen Berlin wurde am 25. Januar vor dem Potsdamer Bezirksausshuß verhandelt. Der Magistrat zu Berlin-Lichtenberg beantragte vom Berliner Magistrat auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes Volksschulunterhaltungsbeträge für das Rechnungsjahr 1908 in Höhe von 63.206,86 M. Das Verwaltungsreferat verfuhr über die Forderung wurde bereits 1913 anhängig gemacht, jedoch bis zum Ergang einer Oberverwaltungsgerichtsentscheidung ausgesetzt, die aber nur in formeller Hinsicht den Streitgegenstand betraf, weil die Revision verspätet eingereicht worden war.

aufwand zu Lasten Lichtenbergs 4,8 Proz. betragen, während er sich bei der Vollzahl auf 14,8 Proz. erhöhen und damit die 10 Proz. übersteigen würde, die das Oberverwaltungsgericht in den Volksschulunterhaltungsleistungen als eine erhebliche Ueberbürdung der Steuerzahler ansieht. Der Vertreter Berlins beantragte Aufrechterhaltung des Vorbescheides. Der Bezirksausschuss entschied im Sinne des Bescheides von 1914 und wies die Klage als unbegründet ab, weil Lichtenberg gegenüber den Vorteilen, die es aus dem Lohneinkommen und den Gehältern der Väter dieser Kinder ziehe, keine wesentlichen Mehraufwendungen trage, denn für die Berliner Kinder sei keine besondere Klasseneinrichtung notwendig geworden, und auf jede Klasse entfielen nur drei Kinder.

Arbeiter-Bildungsschule. Wie bereits angekündigt, findet morgen Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Hörsaal der Schule eine schlichte Feier statt, die dem 25jährigen Bestehen der Arbeiter-Bildungsschule gewidmet ist. Genosse Emanuel Wurm, der an der Gründung der Schule beteiligt und an ihr viele Jahre als Lehrer tätig war, wird den Festvortrag halten. Vorträge am Pflügel und gefangliche Darbietungen sollen die kleine Feier verschönern.

Zutritt haben die ehemaligen Mitglieder des früheren Vereins Arbeiter-Bildungsschule und die jetzigen Hörer der Schule, soweit sich die einen durch das alte Mitgliedsbuch und die andern durch ihre Kursuskarte legitimieren, sowie die mit besonderer Einladung bedachten Personen.

Mit Rücksicht auf die Feier beginnt der Kursus des Genossen Eichhorn über die Nationalitätenfrage Sonnabend, den 5. Februar.

Der gekürzte Ruhetag der Eisenbahndiensteten. Der preussische Eisenbahnminister hat folgende Verfügung erlassen:

Zur Behebung des mit der Dauer des Krieges zunehmenden Mangels an Betriebsbeamten und Arbeitern sowie Abkömmlingen setze ich die mindestens dreißigstündige Ruhezeit, die das in regelmäßigem Wechsel nachtdienst verrichtende Stations- und Zugpersonal, sowie unter den gleichen Voraussetzungen auch die Rangierarbeiter nach jeder einwöchigen Nachtdienstperiode erhalten sollen, für die fernere Dauer des Krieges auf 24 Stunden herab. Die Vorschriften, wonach die den Eisenbahnbetriebsbeamten zu gewährenden Ruhetage, soweit möglich, zu einem Drittel auf Sonntag und Feiertage gelegt werden sollen, hat, wie sich aus der Fassung ergibt, keine bindende Kraft. Wo es Sonntags an Abkömmlingen fehlt, ist deshalb der Dienstwechsel in dem durch den Mangel an Sonntagsabkömmlingen hervorgerufenen Maße auf die Werktage zu verlegen. Dabei sind aber die Vorschriften über die Kirchgangsfreiheiten einzuhalten.

Prüfung der Kinematographen-Vorführer. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Herr Minister des Innern hat die Einrichtung einer amtlichen Prüfungsstelle für Kinematographen-Vorführer beim hiesigen Polizeipräsidium, Abteilung VIII, genehmigt.

Die Eröffnung dieser Prüfungsstelle findet am 1. Februar d. J. statt. Die bisher gültigen Prüfungsgrundsätze, sowie die früher von Privatfirmen erhobenen Gebührensätze erfahren keine Änderung.

Wilhelm Brinkmann. Wieder hat der Tod einen alten braven Kampfgenosse aus unserer Mitte gerissen: Wilhelm Brinkmann hat die Augen für immer geschlossen. Politisch wie gewerkschaftlich hat der Verstorbene der Arbeiterbewegung gedient; gedient von der Pike auf. Von Beruf Weichgerber, wirkte Brinkmann schon in jungen Jahren im Kreise seiner engeren Berufskollegen und baute ununterbrochen an der Organisation der Weichgerber, des späteren Lederarbeiterverbandes. Die Verbesserung der Lage seiner Kollegen war ihm Herzenssache und manche Lohnbewegung sah Brinkmann an leitender Stelle der Lohnkommission.

Ebenso eifrig wie auf gewerkschaftlichem Gebiete war Brinkmann für die politische Bewegung tätig. Von einer unerfüllbaren Ueberzeugungstreue befeelt, warf sich unter Freund und Feind für die Parteibewegung; keine Gefahr, kein Opfer, keine Verfolgungen während der schweren Zeit des Sozialistengesetzes scheuten. Immer war Brinkmann auf dem Posten, wenn die Partei rief. Sowohl im Zeiger Wahlkreise, wo er in den 80er Jahren gute Winterarbeit leistete, wie später in Berlin im 6. Kreise stand Wilhelm Brinkmann immer in den vordersten Reihen. Mehrere Jahre bekleidete Brinkmann das Amt eines Vertrauensmannes für den Gesundbrunnen und die Rosenfelder Vorstadt.

Seine agitatorische Tätigkeit nötigte ihn, seinen Berufsberuf aufzugeben und Gastwirt zu werden. Seine hat er dabei nicht gesponnen und die letzten Jahre waren für Brinkmann wenig erfreulich. Er ernährte sich von einem kleinen Handel, daneben besam er er noch etwas Arbeit, die den schon morsch gewordenen Knochen sehr schwer wurde. Immer aber nahm der nunmehr Sechzigjährige regen Anteil am Vereinsleben, noch am letzten Nachabend sahen wir ihn in unserer Mitte. Eine Lungenentzündung warf ihn vor etwa zehn Tagen aufs Krankenbett, von dem er sich nicht wieder erheben sollte. — Am Mittwoch machte eine Herzlähmung dem Leben ein Ende.

In Wilhelm Brinkmann hat die Partei einen Mann verloren, auf den sie in Sturm und Gefahr bauen konnte. Nichts — weder Erfolg noch Mißerfolg — konnte ihn an seinem Glauben an den endgültigen Sieg des Sozialismus irre machen. Und so werden alle die, welche den Verstorbenen kannten, den Namen Wilhelm Brinkmanns in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Montag, den 31. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philipps-Apostel-Kirchhofes in der Müllerstraße aus auf dem hiesigen Friedhofe in der See-straße statt.

Ueber fünfzig Einbrüche haben zwei gewerksmäßige Wohnungseinbrüche, die nebenbei als „Spezialität“ die Ausplünderung der Gasautomaten betrieben, auf dem Akerholz. Ein Arbeiter Otto Gärtke und ein Antiker Otto Ringner, die beide schon schwer bestraft sind, gingen seit längerer Zeit gemeinsam auf den Einbruch aus. Ueberall, wo sie aufgetreten waren, erinnerte man sich, daß sich vor dem Einbruch ein unbekannter buchtiger Mann im Hause herumgedreht hatte. Man packte deshalb nach dieser Richtung auf, und gestern gelang es, die beiden zu ermitteln, nachdem sie sich in dem Seitenflügel des Hauses Schererstr. 11 an verschiedenen Türen zu schaffen gemacht hatten. Sie hatten auch mehrere Wohnungen, die vorher verpfändet gewesen waren geöffnet, hier aber nichts erbeutet. Die Verhafteten saßen in den Wohnungen, in die sie mit Dietrich einbrachen, was sie an Gold- und Schmuckstücken fanden, öffneten dann den Gasautomaten mit einem Dorn und fanden darin Beträge von 4—8 M. So verfügten sie stets über das bare Geld und konnten zunächst leben, ohne Beutestücke verkaufen zu müssen.

In eine recht gefährliche Situation geriet am Donnerstagmorgen ein Polizeiergeant, als er auf der Schloßstraße in Nieder-Schönhausen einen seit längerer Zeit geflüchten Hühnerdieb verhaften wollte. Der Geflüchte, ein wohnungsloser Schuhmacher Störbeck,

drang mit dem Messer auf den Beamten ein. Durch Hinzukommen eines Postbeamten gelang es, den Spitzhaken zu überwältigen und ihn festzunehmen. Beide Beamte erlitten bei dem Schärmel einige Verletzungen.

Ein gefährlicher Brand beschäftigte die Wehr am Donnerstag in der Voßringer Str. 17. Dort standen mittags in einem Keller eine Menge Kisten und Pakete mit Seifen, Waschpräparaten und Waschlösungen in Flammen. Brandmeister Gottschick ließ sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen, wodurch es nach tüchtigem Löschengelang, die Flammen auf den Seifenkeller zu beschränken. — Ferner hatte die Wehr in der Neuen Köhstr. 8 zu tun, wo Fleisch und Kohlen in einer Küche lichterloh brannten. — Der 18. Löschzug wurde nach dem „Stadt. Elektr. Werken“, Schiffbauerdamm 22, gerufen, wo Wasserstoffgas aus einem undichten Ballon entwichen war. Die Wehr besetzte die Gefahren. — In der Großen Frankfurter Straße 138 mußte ein Wasserschaden und in der Kopenhagener Straße 2 ein Väterbrand gelöscht werden. — Samariter der Wehr waren mit Erfolg in der Turiner Str. 4 tätig, wo infolge Gasvergiftung eine Person bewußtlos geworden war.

Wer sind die Toten? Auf der Straß vom Tode überrascht wurde gestern abend ein unbekannter Mann von etwa 40 Jahren. Man fand ihn vor dem Hause Rathenower Str. 77 tot daliegen. Der Mann ist mittelgroß und schlächtilig, hat schwarzes Haar und Schnurbart und trug ein gelblich graues Jackett, eine dunkle Hose, einen grauen weichen Filzhut und halblange Schafstiefeln. Bei sich hatte er eine Geldtasche. Vielleicht war er Kassierer. — Aus dem Teltowkanal gelandet wurde die Leiche eines unbekannteren Knaben von etwa 13 Jahren. Er trug einen blauen Watirobenanzug, lange schwarze Strümpfe und Schürzhäute, deren Sohlen mit Nägeln beschlagen sind. Die Leiche hat wahrscheinlich schon längere Zeit im Wasser gelegen. Miteiltungen zur Bestimmung der Persönlichkeit nimmt der Amtsvorsteher in Teltow entgegen.

Im Berliner Aquarium kriechen zurzeit riesige Schmetterlinge aus den Puppen: die Atlas-Spinner. Kistern nicht weniger als 24 Zentimeter Flügelbreite. Die Raupen dieser Bewohner des indisch-malajischen Gebietes fertigen ihre Puppeneinstände in einem halbgelbten Blatt an, wodurch sie in Farbe und Form nur wenig auffallen und gut getarnt sind; man hält es kaum für möglich, daß der verhältnismäßig kleinen Puppe ein so großer Falter entschlüpfen kann. Wie bei allen Spinners sind die Männchen an den sehr stark gefransten Fühlern, die als Geruchsorgane zum Auffinden der Weibchen dienen, kenntlich.

Aus den Gemeinden.

Aufnahme der Kartoffelvorräte in Schöneberg.

Am 31. Januar findet in Schöneberg eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln statt. Wer Kartoffeln in Mengen von 20 Fund und mehr in Gewahrsam hat, gleichviel ob er der Eigentümer ist oder nicht, ist verpflichtet, die vorhandenen Vorräte dem Magistrat anzuzeigen.

Zu diesem Zweck werden besondere Hauslisten ausgegeben, welche von den Hausbesitzern bzw. deren Vertretern bei der zuständigen Brotkommission am 28. oder 29. Januar 1916 abzuverlangen sind. In diese Hausliste hat jede Haushaltung, jedes Geschäft usw. die in Gewahrsam gehaltenen Kartoffelmengen einzutragen.

Die ausgefüllte Hausliste muß spätestens bis zum 2. Februar 1916 an die zuständige Brotkommission zurückgegeben sein.

Gemeindevertretersitzung in Treptow.

In der letzten Sitzung teilte Bürgermeister Schablow mit, daß die ärztliche Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer durch Vereinbarung mit den Ärzten dahingehend geregelt worden sei, daß in dringenden Fällen von den Ärzten Hilfe geleistet werden könne ohne Vorlegung eines Kostenübernahmungscheines. Die von der Gemeindevertretung beschlossene Unterstützung der Kriegsteilnehmer sei durch die Regelung dieser Angelegenheit durch das Reich hinfällig geworden. Bezüglich der Versorgung Treptows mit Milch hätten sich die Verhältnisse derart ungünstig gestaltet, daß die Frage der Einrichtung eines kommunalen Milchsaales geprüft werden solle. Ferner teilte er mit, daß der Gemeinde Schenkungen im Betrage von dreihunderttausend Mark gemacht worden sind. Die Firmen Weermann und Martin Salomon u. Cie. haben je 50 000 M. zur Errichtung eines öffentlichen Wohlhabtenhauses gespendet. Die Firma Erich u. Graef hat aus Anlaß ihres fünfzigjährigen Bestehens 100 000 M. gestiftet für Darlehen und Beihilfen an durch den Krieg in Not geratene Gemeindeangehörige, die ein Jahr im Orte wohnen. Die Firma Martin Salomon u. Cie. schenkt ebenfalls 100 000 M., deren Zinsen zu Kriegswohlfahrtszwecken verwendet werden sollen. Nach Beendigung des Krieges soll der Zinsbetrag der Unterstützung der Kriegsbekämpften dienen. Dabei müssen die bei der Firma beschäftigt gewesen Kriegsbekämpften zunächst berücksichtigt werden. Die Gemeindevertretung beschloß, die Schenkungen anzunehmen. Am Schluß der Sitzung teilte Herr Bürgermeister Schablow noch mit, daß die Einführung der Mutterkarte in Groß-Berlin bevorstehe.

Frischkartoffeln für die Brotbereitung.

Da die vorhandenen Bestände an Kartoffelstärkemehl bei der Charlottenburger Stadtverwaltung nur ungefähr bis zum 10. Februar dieses Jahres reichen, wird von da ab Kartoffelstärkemehl zur Brotbereitung in Charlottenburg nicht mehr geliefert werden können. Von diesem Zeitpunkt ab werden also Frischkartoffeln zum Vaden benutzt werden müssen.

Städtischer Kunstabend in Neukölln.

Am Freitag, den 4. Februar 1916, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Stadtgemeinde Neukölln in der Aula der Realschule, Vobbinstraße 34/41, den dritten und letzten Kammermusikabend mit der Berliner Trio-Vereinigung Prof. Robert Röhre (Klavier), Prof. Bernhard Dessau (Violine) und Prof. Heinrich Grünfeld (Violoncell). Es gelangen Werke von Mendelssohn-Bartholdy, Rich. Wagn., Dessau, Schumann und Beethoven zum Vortrag. Eintrittskarten zu 50 Pf. für Sozialpläne und zu 30 Pf. für Balkonplätze sind in den Vorwärts-Expeditionen Redarstr. 8 und Siegfriedstr. 27, sowie an der Abendkasse erhältlich.

Aus aller Welt.

Wurst aus Walfischfleisch.

Der während des Krieges eingetretene Mangel an Rind- und Schweinefleisch hat erfindungsreiche Köpfe zur Aufföderung von allerlei Surrogaten veranlaßt. In Leipzig-Eutritzsch gründeten vier Kaufleute eine Konservenfabrik „Ambra“, in der sie verschiedene Wurstsorten, darunter eine „Sparwurst“-Sorte, und einen Fleischsalat „Ambra“ unter teilweiser Verwendung von Walfischfleisch herstellten. Auf den Dosen, welche die Wurst enthielten, war die Wurstsorte in großen Buchstaben bezeichnet, während ein fleingedruckter Zusatz besagte, daß die Ware auch Fischfleisch enthielt. Das Nahrungsmittelamt sah in diesem Vorgehen eine Nahrungsmittelfälschung und erstattete gegen die vier Inhaber der Firma „Ambra“ sowie gegen drei ihrer Reisenden Anzeige. In der Verhandlung vor der Leipziger Strafkammer kamen auch zwei Sachverständige zu Wort, von denen der eine die Angeklagten für strafbar im Sinne der Anzeige bezeichnete, während der andere ihr Vergehen für unbedenklich erklärte. Das Gericht war ebenfalls der Meinung, daß die Deklaration auf den Dosen genügt habe und daß die Angeklagten

ebenfalls nicht einen Betrug des Publikums beabsichtigt hätten, so daß gegen alle Angeklagten Freisprechung erfolgte.

Die Angeklagten sind gut dabongelommen, denn der Umstand, daß der wahre Inhalt der „Sparwurst“ nur in kleinen, wenig erkennbaren Buchstaben angegeben war, schließt den Gedanken nicht aus, daß es auf eine Täuschung des Publikums abgesehen war. Aber lag es nicht auch nahe, den Wucherparagrafen anzuwenden? Bei derartigen Ersatzmitteln für mangelnde Lebensmittel stehen doch Wert und Verkaufspreis gewöhnlich in einem schlechten Verhältnis. Dafür zeugt u. a. der folgende Vorgang: Ein Darmstädter Warenhaus hatte „seine Javelawurst“, halb Ochsen- halb Schweinefleisch“ angezeigt und zu dem Preise von 2,35 M. für das Pfund in beträchtlichen Mengen verkauft. Infolge einer Beschwerde bei der Polizei ging man der Herkunft der Wurst nach und ermittelte zunächst, daß sie für 1,60 M. von einem Holzhandler gekauft worden war. Der Holzhandler hatte die Wurst für 1,80 M. von einem Agenten, der Agent für 1,45 M. von einem Großhändler, der Großhändler für 1,10 M. von einem Agenten gekauft, und dieser Agent hatte sie durch die Vermittlung eines Hamburger Importeurs aus Schweden bezogen. Was die Wurst bei dem eigentlichen Hersteller gekostet hatte, ließ sich nicht mehr feststellen. Jedenfalls stand aber auch ihr wirklicher Wert zu dem „billigen“ Preis, den das Warenhaus dafür nahm, in argem Mißverhältnis. Das ist auch erklärlich, denn wenn sich erst ein halbes Duzend Personen ihren Profit an einer Ware sichern, ehe sie in die Hände der Konsumenten gelangt, dann sind die Lehren der Betrogenen. Leider gehen die Gerichte gegen diese Mißstände im Handel mit einer ganz unangenehmlichen Milde vor, indem sie die Bundesratsverordnung, betreffend übermäßige Preissteigerung, zu weisheitsgemäß auslegen. So wurden auch in diesem Falle der Holzhandler und das Warenhaus, gegen die Anklage erhoben war, freigesprochen, da ihnen übermäßige Preissteigerungen nicht nachgewiesen seien. Ob dem realen Handel mit dieser Beurteilung gebient ist, möchten wir bezweifeln.

Ein Landsturmann von einem Grenzschutzposten erschossen. Der Landsturmann von einem Grenzschutzposten an der österreichischen Grenze bei Neugersdorf erschoss am Sonnabend gegen Abend an dem Grenzweg Neugersdorf-Philippdorf den Landsturmann Lude aus Neu-Eibau. Der Soldat wollte, wie der „Begn. Anz.“ meldet, an der angegebenen Stelle den Grenzübertritt erzwingen. Als er ertrotzt werden sollte, rief er sich los und ergriff die Flucht. Da der Flüchtling auf dreimaligen Halbrauf nicht stehen blieb, gab der Posten Feuer, und Lude stürzte tödlich getroffen zusammen.

Raubüberfall auf einen Kassenrentanten. In das Bureau der Ortskrankenkasse in König drang am Mittwoch nachmittags eine Person in Frauenkleidung, vermutlich ein Mann, um dort den Geldschrank zu berauben. Als er dabei von dem zurückkehrenden 70jährigen Rentanten Woeck überrascht wurde, stürzte sich der Eindringler auf diesen und verfechtete ihm mit einem Bechereisen mehrere wichtige Stöße über den Kopf. Dann flüchtete der Verbrecher und konnte noch nicht ermittelt werden. Der Kassenbeamte ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Der Frauenmord in Nabeul trägt nach den neuesten Feststellungen alle Merkmale eines Raubmordes. Der Chemann der ermordeten Frau Clauhnber ist an der Front angekommen. Er kommt als Vater überhaupt nicht in Betracht. Unter den Sachen, die sich in dem Handtäschchen der Ermordeten befanden, war auch eine goldene Kette, die verschunden ist.

Ueberschwemmungen auf Java. Aus Batavia wird amtlich berichtet, daß Napara bei Samarang von Ueberschwemmungen heimgesucht wurde. 300 Häuser wurden zerstört, fünfzehn Personen sind ertrunken, viel Vieh wird vernichtet. Die Reisenernte ist vernichtet.

Erdbeben in Bulgarien. Mittwoch morgen nach 10 Uhr verspürte man schwach die Ausläufer eines Erdbebens in Sofia, Tirnovo und Jajetzkar. Der Herbst des Lebens lag nach den seismographischen Beobachtungen des Sofioter meteorologischen Instituts ungefähr 350 Kilometer von Sofia entfernt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Behndorf. Heute Freitag, den 28. Januar, 4 Uhr, im Lokal von M. Schulze.

Frederichshagen. Heute Freitag, abends 5 Uhr, im Rathaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (N. a. G.) in Hamburg. Filiale Baumkühlenweg, Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammung im Lokal von Horst, Baumkühlenstr. 67.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Mitgliedschaft Berlin und Umgegend. Sonntag, den 30. Januar: Vereinstour nach Jechendorf bei Nienow, 12 Meilen. Abfahrt sämtlicher noch bei weilender Mitglieder, bei schlechtem Wetter per Bahn bis Jechendorf-Mitte.

Briefkasten der Redaktion.

G. A. Lichtenberg. Die Landesversicherungsanstalt hat Ihren Familienangehörigen während ihrer Behandlung im Krankenhaus ein Hausgeld in Höhe von einem Viertel des ortsüblichen Lohnsatzes zu zahlen. — **N. W. 10.** 124.40 M. jährlich. — **N. S. 32.** An die Steuerklasse Ihres Bezirks. Die Unterstützung beträgt monatlich 30 M. — **N. S. Vorkum.** Bureau des Vaterländischen Frauenvereins, Wilmannsstraße 20, Berlin W. 62. — **N. A. 100.** Die Deutsche Bank ist darin zuverlässig. Wenden Sie sich mit einer Anfrage an das Dänische Rote Kreuz in Kopenhagen, unter Angabe der Ihnen bekannten Umstände über Adresse usw. Ihres Mannes. Als nähere Bezeichnung kommen das Regiment, die Kompanie, die Schwadron oder Batterie in Frage, zu dem Ihr Mann vor der Gefangennahme gehörte. — **T. A.** Das Gesetz in dem Oberst des jetzigen Kasernens, in dem Ihr Sohn sich befindet, zu unterbreiten. Dieser entscheidet darüber. — **B. M. 22.** Darüber ist uns noch keine Mitteilung zugegangen. — **G. S. 6.** 1—3. Am besten würden Sie nun, sich mit dem Leiter beziehungsweise dem Rektor Ihres Kindes in Verbindung zu setzen, da dessen Urteil bei Entscheidungen in der Sache wesentlich von Belang ist. Alles Weitere erläutern Sie dort. — **G. A. 27.** 1. und 2. Nein. — **G. S. 16.** Sie müssen das angeben. Bei so geringem Verdienst wird eine Kürzung der Unterstützung nicht erfolgen. Wenn der Verdienst später möglich, können Sie auf jeden Fall die volle Unterstützung wieder beanspruchen. — **M. S. 10.** 1. Wenn Sie selbst zu lebend sind, daß Sie als Invalid erachtet werden, so können Sie auf Grund der von Ihrem Chemann geleisteten Invalidenmarken Antrag auf Invalidenrente stellen. 2. und 3. Sie müssen von dem Sohn den Unterstützungsbetrag sich einlösen lassen. Dann können Sie Antrag auf Unterstützung bei der Steuerklasse stellen. — **J. W. 103.** Sie sind als garrison- und arbeitsverwendungsunfähig erachtet und gelten wohl als endgültig ausgemustert. — **Stettin 13.** 1. 1 M. 2. Der Abzug kommt dafür nicht in Anrechnung. 3. Der Urlaub darf nicht in Zivilkleidung ausfallen. — **Stettin.** 1. Die eine Quelle gibt 445 000, die andere 516 000 an. 2. Ist nicht genau festzustellen. Jeder Einwohner vom 18. bis 60. Jahre ist wehrpflichtig. Es sollen 37 300 sein. — **Rubi 6.** Realschulen sind sechsklassig; je geben nach sechs Klassen das Einjähriges-Zugang. Oberrealschulen, Realschulen, Gymnasien sind neunklassig; sie geben nach sechs Klassen das Einjähriges-Zugang, nach neun Klassen das Abmaturantenzugang. Vor der Aufnahme in Realschulen, Oberrealschulen, Realschulen, Gymnasien ist Elementarunterricht nötig. Dazu haben in Berlin die meisten Oberrealschulen, Realschulen, Gymnasien ihre besondere Vorkurse (mit dreijährigem Kursus), dagegen fehlt hier den Realschulen die Vorkurse, sobald vorher eine Gemeindegymnastie (in der Regel vier Jahre hindurch) besucht wird. Schulgeld pro Jahr in den Oberrealschulen, Realschulen, Gymnasien 140 M., in den Realschulen 80 M., in den Vorkursen 120 M., in den Gemeindegymnasien nichts. Anmeldung zur Aprilaufnahme am besten schon jetzt. Tausch des Kindes ist nicht nötig. — **G. S. 28.** So nebenbei wird das schwer zu machen sein. Erfolg hängt sehr von der früher gemachten Schulbildung ab. Wie sie war, sagt die Anfrage nicht. Genauere Auskunft ist zu unumgänglich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Teilweise aufklarend, jedoch meist bewölkt mit Nebelbröckeln, im Norden vielfach starken, im Süden meist schwächeren Niederschlägen; überall geringe Abkühlung.